

Erscheinungsweise:

Zweimal monatlich

FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: http://www.figu.org

E-Brief: info@figu.org



5. Jahrgang Nr. 129, Nov./1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine (Meinungs- und Informationsfreiheit) vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw., müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit (Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens), wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.



Donnerstag, 16. Mai 2019, von Freeman um 08:00

Ohne Grund hat der Iran das ganze Land direkt neben dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln gestellt, der nur im Persischen Golf herumdümpelte, was von Washington als gefährlicher Akt der Aggression bezeichnet wird. "Eindeutig will der Iran einen Krieg", sagte Donald Trumps Sicherheitsberater John Bolton. "Unsere Trägereinheit war nur auf einer Vergnügungsfahrt auf der anderen Seite der Welt, und der Iran hat das Land ganz frech nahe daneben gestellt."

"Wir werden diese Form des Säbelrasselns nicht akzeptieren", sagte Bolton. Er fügte hinzu, "schliesslich dienen unsere Flugzeugträger nur als Vergnügungsdampfer, um unseren Matrosen und Marines die Welt zu zeigen".

"Die Flugzeuge an Bord sind eigentlich Friedenstauben, die Frieden, Demokratie und Wohlstand anderen Ländern bringen", fügte er hinzu.

Bolton erklärte, die USA versuchten zuerst Diplomatie. Ein Diplomat wurde nach Teheran entsendet, um höflich zu fragen, ob der Iran bereit sei, das Land weg von den amerikanischen Militärkräften und Militärbasen zu stellen. Aber die Iraner behaupteten, sie hätten keinen Ort in sicherer Distanz zum amerikanischen Militär auf dem ganzen Globus gefunden.

"Sie sehen also, wir haben versucht vernünftig zu sein", sagte Bolton und zuckte dabei mit den Schultern. "Das bedeutet Krieg!"

Das folgende Bild zeigt, wie nahe der Iran an die 40 amerikanischen Militärbasen gerückt ist. Eine totale Provokation und Bedrohung der Vereinigten Staaten.



Diese aggressive und provokative Vorgehensweise verfolgen aber auch Russland und China. Schon seit Jahren rücken beide Länder immer näher zu den US-Militärbasen heran und bedrohen diese.

Alleine Russland hat sich um 1000 Kilometer nach Westen verschoben und russische Soldaten stehen unmittelbar an der Grenze zu Europa. Moskau hat damit das Versprechen gebrochen, nicht das Vakuum zu füllen, wenn die NATO sich zurückzieht.

Ausserdem, was fällt den Russen ein, den NATO-Soldaten, die in den drei baltischen Staaten nur einen Jagdurlaub verbringen, auf die Pelle zu rücken?

Die Russen inszenieren auch einen Regimewechsel nach dem anderen in Ländern rund um Europa und Nordamerika, um ihren Einfluss und ihre Kontrolle zu erweitern. Dabei sind besonders die Länder das Ziel, die über keinerlei Bodenschätze verfügen.

Putin hat sogar durch Wahlmanipulation 2016 Donald Trump ins Weisse Haus gebracht und der Präsident der Vereinigten Staaten ist Moskaus hörige Puppe. Die scharfen Sanktionen gegen Russland seien nur eine Show fürs Publikum.

Als Bolton darauf angesprochen wurde, sagte er: "Ja das ist richtig, deswegen bestimmen Pompeo und ich die friedliche US-Aussenpolitik."

"Wann haben die USA jemals ein Land angegriffen?" fragte Bolton. "Noch nie, Amerika hat nur seinen eigenen Boden verteidigt!"

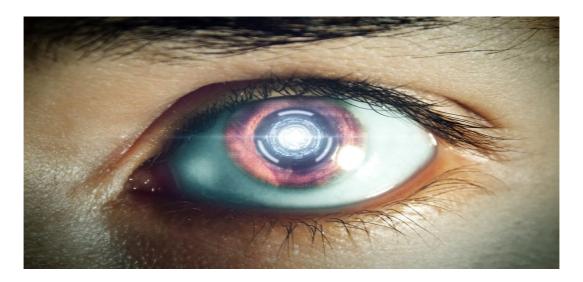
Die Frage, ob er die ganze Welt als amerikanisches Territorium betrachtet, wollte Bolton nicht beantworten. Quelle: http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2019/05/kriegsgefahr-der-iran-ruckt-usbasen.html#ixzz5oj55CPB8

Geheime Agenda -

Der wahre Grund für 5G ist 1000 Mal schlimmer als die Strahlung!

12. April 2019 | Autarkie | Freies Leben | Bewusstsein | Spiritualität | Politik | Geo-Politik | Psychologie | Gesellschaft | Wissenschaft | Forschung | Legitim.ch

5G ist in aller Munde und wird äusserst kontrovers diskutiert. In erster Linie wird bemängelt, dass das gesundheitliche Risiko nicht angemessen eruiert wurde. Selbst die Hersteller haben keine Analysen vorzuweisen und die Regierung hat die Frequenzen hinten durch bereits versteigert. Der Grund für dieses fragwürdige Vorgehen ist, dass sie über die Risiken bestens Bescheid wissen und die Erstellung einer globalen 5G-Cloud Bestandteil einer geheimen Agenda ist. Ähnlich wie bei der Umvolkung Europas ist der Plan auch hier eigentlich einschlägig dokumentiert. Man muss nur die einzelnen Puzzlestücke richtig zusammenfügen, um zu verstehen, was die Kabalen mit uns vorhaben.



Konkret geht es darum, winzige Nanoroboter in das Gehirn der Menschen einzupflanzen, um die Kontrolle über die neuronale Aktivität zu übernehmen und sie über eine 5G-Cloud fernzusteuern. (Bild: pixabay, Angel-Kun)



In den frühen 90er Jahren wurde zum ersten Mal öffentlich über die Entwicklung von **Smart,dust** (dt. "Intelligenter Staub") diskutiert. Es handelt sich um einen Schwarm von Nanorobotern, die über eine Cloud koordiniert werden. Wissenschaftler arbeiten im Auftrag der DARPA (Forschungsabteilung des US-Verteidigungsministeriums) an diesem Projekt, um die militärische Anwendung voranzutreiben. Konkret geht es darum, diese Nanoroboter im Gehirn der Menschen einzupflanzen, um die Kontrolle über die neuronale Aktivität zu übernehmen und sie über eine 5G-Cloud fernzusteuern. Was an dieser Stelle nach Hollywood und Science Fiction klingt, wurde 2013 im **MIT Technology Review** ziemlich präzise beschrieben:

"Intelligente Staubpartikel, die im Gehirn eingebettet sind, könnten eine völlig neue Form der Schnittstelle zwischen Gehirn und Maschine bilden", so die Ingenieure.

"Die Echtzeitüberwachung der Gehirnfunktion hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Dies ist weitgehend auf verschiedene neue Technologien zurückzuführen, die das kollektive Verhalten von Neuronengruppen überwachen können, (...)."

"Diese Arbeit revolutioniert unser Verständnis der Struktur und des Verhaltens des Gehirns. Es hat auch zu einer neuen Konstruktionsdisziplin von Gehirn-Maschine-Schnittstellen geführt, die es den Menschen erlaubt, Maschinen allein durch Denken zu steuern."

Einer der Autoren, Michel Maharbiz, hat vor einigen Jahren den weltweit ersten ferngesteuerten Käfer entwickelt, eine Entwicklung, die vom Technology Review als eine der Top-10-Technologien des Jahres 2009 bezeichnet wurde. Wie das in der Praxis bei Tieren aussieht, wird im folgenden Video dargestellt:

(Bei 1:18 wird demonstriert, wie ein Käfer mit einem Smartphone ferngesteuert wird, und das Ziel der Forschung ist, dasselbe mit Menschen zu tun!)

Sie werden uns diese Technologie als neue Errungenschaft verkaufen, die einem das Leben erleichtern soll. Die Gefahr beziehungsweise der verdeckte Plan dieses Projektes ist, die Menschen mit einer Cloud zu verknüpfen, um sie von einer Zentrale aus fernsteuern zu können. Das ist die ultimative Versklavung, aus welcher es kein Entkommen mehr geben wird; zumindest nicht aus eigener Kraft. Das Perfide daran ist, dass die Nanoroboter unbemerkt über die Atemwege aufgenommen werden.

Alex Jones hat bereits 2007 in seiner legendären Doku "**Endgame – Blueprint for Global Enslavement**" vor der Eugenik-Agenda der Kabalen (Transhumanismus) gewarnt. Die Doku ist ein echtes Stück Bildung, das massgeblich zum Aufwachen der Massen beigetragen hat und jede/r gesehen haben sollte! (Besonders sehenswert ist der 2. Teil, die vollständige Version finden Sie hier unten und auf Deutsch synchronisiert.)

Dass Jones rund 12 Jahre später vollständig aus den sozialen Netzwerken verbannt wurde, zeigt wie weit die Pläne, die er damals enthüllt hatte, indessen vorangeschritten sind.

Die düstere Agenda der Kabalen ist absolut echt und kann im über 60-seitigen strategischen Plan der National Nanotechnology Initiative von 2011 (seit 2014 auf 88 Seiten) eingesehen werden. Es handelt sich um eine langfristige Investition in Nanotechnologie-Anwendungen, um das Management aller Aspekte des menschlichen Lebens innerhalb der Überwachungsmatrix für Umwelt, Gesundheit und Sicherheit zu ermöglichen. Es sind unglaubliche 25 verschiedene US-Bundesbehörden daran beteiligt.

Anmerkung: Der technologische Fortschritt ist grundsätzlich etwas Wertvolles; sofern er nicht missbraucht und vor allem nicht gegen die Menschen eingesetzt wird. Solange die Welt von Psychopathen regiert wird, müssen wir leider aus Erfahrung immer vom Schlimmsten ausgehen: Kriege, Wettermanipulationen, Bewusstseinskontrolle, ...

Am 8. März wurde die transhumanistische Agenda auch in der manipulierten **Politsendung des Schweizer Fernsehens "Arena**" ziemlich deutlich und vor allem erstaunlich offen besprochen (Video unten). Und es gibt offensichtlich immer noch Narren mit der Weitsicht eines Maulwurfs, die das faszinierend finden. Zumindest kann niemand mehr behaupten, dass er nichts davon gehört habe.

Quelle: https://connectiv.events/geheime-agenda-der-wahre-grund-schlimmer-als-die-strahlung/

Quelle: https://rsvdr.wordpress.com/2019/04/14/der-wahre-grund-fuer-5g-ist-1000-mal-schlimmer-als-diestrahlung/

Einverleibung der Schweiz in die EU

Home /EU-No-Newsletter, News/Einverleibung der Schweiz in die EU

Das Rahmenabkommen wird als «Weiterführung» oder «Sicherung» oder sogar als «Erneuerung» der bilateralen Abkommen verkauft. Das ist jedoch eine Lüge. Einen Blick in den Abkommenstext zeigt, dass die Schweiz einseitig und umfassend in die EU-Strukturen einverleibt werden soll. Der bilaterale Weg würde mit dem Abkommen beendet. Die Schweiz wäre dann faktisch Teil der EU!

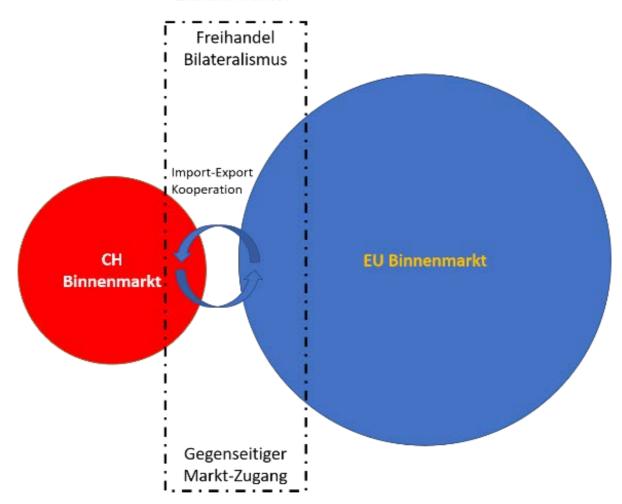


EU-No-Newsletter,News | 20. Mai 2019

Das Rahmenabkommen wird als «Weiterführung» oder «Sicherung» oder sogar als «Erneuerung» der bilateralen Abkommen verkauft. Das ist jedoch eine Lüge. Einen Blick in den Abkommenstext zeigt, dass die Schweiz einseitig und umfassend in die EU-Strukturen einverleibt werden soll. Der bilaterale Weg würde mit dem Abkommen beendet. Die Schweiz wäre dann faktisch Teil der EU!

Zustand heute:

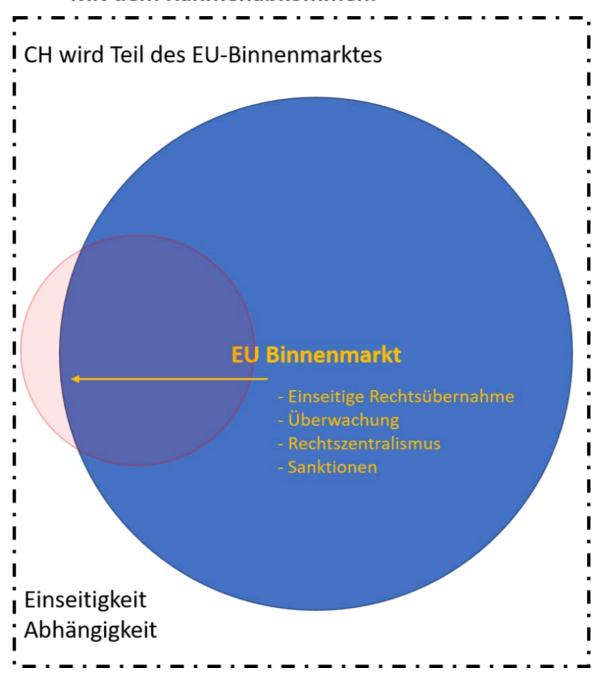
Zustand heute:



Die bisherigen Beziehungen Schweiz-EU fussen auf dem Freihandelsgedanken. Das Hauptabkommen zwischen der Schweiz und der EU ist denn auch das Freihandelsabkommen von 1972. 2012 bezeichnete Economiesuisse zum 40 Jahres-Jubiläum des Freihandelsabkommens den Vertrag als «Grundstein für einen langen und erfolgreichen bilateralen Weg zwischen den beiden Wirtschaftspartnern». Freihandel bedeutet, dass man sich gegenseitig Zugang zum jeweiligen Binnenmarkt gewährt. Die Schweiz hat einen eigenen Binnenmarkt. So gibt es auch ein Bundesgesetz über den Binnenmarkt (SR 943.02), über den Schweizer Binnenmarkt. Und die EU hat einen eigenen Binnenmarkt, den EU-Binnenmarkt. Auch die weiteren bilateralen Verträge sind in dieser Logik entstanden. Die bilateralen Verträge vertiefen den gegenseitigen Zutritt und stärken die Kooperation. Es sind aber immer noch zwei Märkte, die sich gegenseitig Zutritt gewähren. Es gibt Import und Export zwischen diesen zwei Binnenmärkten. Wir sind nicht Teil oder Mitglied im Binnenmarkt der EU. Wir sind noch eigenständig.

Zustand mit dem Rahmenabkommen:

Mit dem Rahmenabkommen:



Gesetze verstossen.

Mit dem Rahmenabkommen wird die gesamte Situation komplett anders. Sie wird einseitig. Die Schweiz wird in vielen Bereichen Teil des EU-Binnenmarktes. Nur schon der Titel des Abkommens macht die Schweiz zur Teilnehmerin des EU-Binnenmarkts, was falsch ist. Im weiteren Abkommenstext wird von Beteiligung am Binnenmarkt der EU gesprochen. Die Sprache des Abkommens geht von einem einzigen Binnenmarkt aus, dem der EU. Es gibt keine Gegenseitigkeit. Die Schweiz muss gehorchen. Das Abkommen ist nicht mehr dem Freihandel verpflichtet, sondern eben der Einverleibung der Schweiz in die EU. Es ist nicht mehr Bilateralismus, sondern Unilateralismus. Überwachung, Zentralismus, Sanktionen und Guillotinen festigen diese Unfreiheit. Die Schweiz ist nachher nicht mehr frei. Auch das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU wird aus dem WTO- und Freihandelskontext gerissen und einseitig den EU-Institutionen unterstellt. Das ist das Ende einer eigenständigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es ist das Ende einer selbstbestimmten Schweiz. Quelle: https://eu-no.ch/einverleibung-der-schweiz-indie-eu/

Das Strache-Video ist eine Straftat!

Veröffentlicht am 23. Mai 2019Vera Lengsfeld

Bei all der künstlichen Aufregung in Medien und Politik über die "unverzeihlichen Entgleisungen" des Ex-Politikers Heinz-Christian Strache wird ein Aspekt völlig ausgeblendet: Strache redet sich um Kopf und Kragen, hat aber offensichtlich nichts von dem getan, wovon er privat schwadroniert hat. Jedenfalls behaupten bisher weder Spiegel noch Süddeutsche, dass die Wahlkampf-Millionen tatsächlich geflossen seien und Strache, seit er in Regierungsverantwortung war, Staatsaufträge für erhaltene Millionen vergeben hätte. Das Ganze ist also nichts mehr als eine Luftnummer.

Tatsache ist dagegen, dass die Herstellung dieses Videos eine Straftat war. Das kann man inzwischen bei Juristen, die Recht und Gesetz noch ernst nehmen, nachlesen. Nicht nur das. Dieses Video ist, wie einer meiner Leser treffend feststellte, "ein ungeheuerlicher Anschlag auf die Privatheit aller Bürger. Ein Zivilisationsbruch, eine unverhohlene Drohung, es mit jedem so zu halten, der sich nicht fügt. Terror auf Kaviar – ganz ohne Bombe."

Wollen wir das wirklich akzeptieren und in Zukunft unter solchen Bedingungen leben? Haben die Politiker, die sich heute freudig dieses kriminellen Videos bedienen, um vom eigenen Versagen abzulenken, in der hoffentlich trügerischen Hoffnung, die Europawähler davon abzuschrecken, andere Parteien als diejenigen zu wählen, die für den jämmerlichen Zustand Europas verantwortlich sind, nicht die leise Furcht, dass sich diese Praktiken auch einmal gegen sie richten könnten? Soll den Medien tatsächlich ab jetzt gestattet sein, sich künftig kriminell produzierter Videos problemlos zu bedienen? Mit der Veröffentlichung des "Skandal-Videos" hat das Relotius-Magazin allem Anschein nach gegen

Die Juristen von Haug&Höfer stellen fest: "Liest man in § 201a StGB einige Zeilen weiter, stösst man auf die Nummer 3: Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine durch eine Tat nach den Nummern 1 oder 2 hergestellte Bildaufnahme gebraucht oder einer dritten Person zugänglich macht und dadurch den höchstpersönlichen Lebensbereich der abgebildeten Person verletzt. Das ist hier der Fall. Die Abbildung von Herrn Strache im Unterhemd und mit Kippe und Blondine wurden mittlerweile hunderttausenden dritten Personen zugänglich gemacht, die Herr Strache allesamt nicht in diese Wohnung eingeladen hatte. Weil es womöglich gegen § 201a Absatz 1 Nummer 3 StGB verstösst, hätte DER SPIEGEL dies lieber bleiben lassen."

Dem *Spiegel* und der *Süddeutschen* scheint klar zu sein, dass sie mit der Veröffentlichung eines solchen Videos auf sehr dünnes Eis begeben haben. Beide Blätter veröffentlichten lange Rechtfertigungen, die aber nicht überzeugen können. Was ein Mensch privat von sich gibt, hat die Öffentlichkeit nicht zu interessieren. Ob ich mich für die Königin von Saba oder für Heidi Klum halte, weil ich heimlich scharf auf Tom Kaulitz bin, geht die Öffentlichkeit nichts an, solange ich sie mit meinen Phantasien verschone. Auch kann ich mir eine lustige Party vorstellen, wo ich mir mit meinen Blogger-Kollegen ausmale, dass wir heimlich den *Spiegel* bei der nächsten Gelegenheit kaufen, das Personal feuern und das Magazin zur Parteizeitung der AfD umfunktionieren. Das ist für die Öffentlichkeit irrelevant, solange es ein privater Gag bleibt.

Ich kann keinerlei öffentliches Interesse an dem betrunkenen Gerede eines Politikers erkennen, das in einem privaten Umfeld stattfand und so weit wir wissen, keinerlei praktische Konsequenzen hatte. Warum gibt es keinen #aufschrei, wenn die deutsche Presse die Unverletzlichkeit der Wohnung, die Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes und das Recht am eigenen Bild so gröblich missachtet?

Es hat aber natürlich ein Interesse an der Veröffentlichung gegeben, von allen, die sofort ihr politisches Süppchen aus diesem Video gekocht haben. Hier wird eins offensichtlich: Diejenigen, die uns mit allem propagandistischen Nachdruck immer wieder einhämmern, dass Vergewaltigungen, Messerstechereien, ja sogar Terrorattentate auf gar keinen Fall verallgemeinert werden dürften, erklären jetzt

gebetsmühlenartig, das trunkene Gerede von Strache sei typisch für seine Partei, für die AfD, ja alle Rechtspopulisten Europas. Mit Rechten sei kein Staat zu machen, tönt es aus der SPD, deren österreichische Schwester im Burgenland nicht daran denkt, ihre Regierungskoalition mit der FPÖ zu beenden.

Die Veröffentlichung des Videos kommt auch aus einem anderen Grund der deutschen Politik zupass. Gerade wurde ein wirklicher Skandal aufgedeckt.

Die Verhandlungen des höchst umstrittenen UN-Migrationspaktes, die allem Anschein nach hauptsächlich von Deutschland vorangetrieben, vielleicht sogar initiiert wurden, haben entgegen den Beteuerungen des Auswärtigen Amtes teilweise hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Der ehemalige Justizminister und jetzige Aussenminister wurde ganz offiziell vom *Tagesspiegel* der Lüge hinsichtlich seiner Aussage zur Öffentlichkeit der Sitzungen zum "Migrationspakt" überführt.

Statt der deutschen Politik auf die Finger zu schauen, soll die Öffentlichkeit mit dem Blick nach Österreich abgelenkt werden.

Wie war noch mal der Spruch des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker?

"Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Der Migrationspakt sollte erst an der Öffentlichkeit vorbei gelotst werden, dann, als das schiefging, wurde versichert, er sei nur eine unverbindliche Absichtserklärung. Inzwischen sickerte durch, dass er verbindlich für alle EU-Länder gemacht werden soll, auch diejenigen, die den Pakt abgelehnt haben. Das soll die Öffentlichkeit aber nicht mitkriegen. Noch mal Juncker: "Wenn es ernst wird, muss man lügen." Oder Gesetze brechen. Die werden, seit Angela Merkel Kanzlerin ist, sowieso wie unverbindliche Absichtserklärungen behandelt.

Wie sagte Kanzlerin Merkel bereits vor Jahren? "...wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit."

Wie wahr.

Seit dem 22.11.2005, um 14 Uhr 24., als die ehemalige FDJ-Funktionärin Angela Dorothea Merkel, zur 1. Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland vereidigt wurde, werden Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft immer mehr abgebaut. Inzwischen wird schon über Enteignungen, wie sie im Sozialismus gang und gäbe waren, nachgedacht.

Mit dem 22.11.2005 begann auch der wundersame Aufstieg der bis dahin bedeutungslosen "Antifa", Schild und Schwert der Demokratie, um Abweichler zur Räson zu bringen. In Merkel-Deutschland wird nicht mehr diskutiert, sondern auf Linie gebracht. Wer sich dem widersetzt, wird ausgegrenzt. Mit Merkel begann der Umbau einer ehemals konservativen CDU zur einer linken Vereinigung.

Mit dem Ausfall der Union als Korrektiv begann eine gegen die Bürger gerichtete Politik.

Statt sich um die wahrlich ernsten Probleme Deutschlands zu kümmern, wird die Rettung der Welt als Ziel definiert, samt der damit verbundenen moralischen Hybris. Alle, die diesen Weltrettungsphantasien kritisch gegenüberstehen und meinen, dass sie als Politiker zuvorderst ihrem Land verpflichtet seien, werden in einem wahren Rundumschlag verunglimpft: von Trump bis Farange, von Salvini bis Orbán. In diesem Kampf gilt die Verletzung von Straches Grundrechten offenbar als quantité négligeable und legitimer Kollateralschaden.

Immer wieder hört man im Zusammenhang mit dem österreichischen Stracheskandal das Wort "Aufklärung". Aufklärung wäre hier bitter nötig. Wer hat sich diese perfide Falle ausgedacht? Wer hat den Raum verwanzt? Wer sind die Auftraggeber?

Aber Spiegel und Süddeutsche haben bereits klar gemacht, dass sie zur Aufklärung nichts beitragen wollen. Sie werden ihre Quelle nicht nennen.

Jeder muss sich die Frage selbst beantworten, wie das zu bewerten ist, nicht nur juristisch.

Strache, Ibiza und §§ 201 f. StGB

Quelle: https://vera-lengsfeld.de/2019/05/23/das-strache-video-ist-eine-straftat/

Die Inszenierung eines "Vergewaltigers" – Pamela Anderson zum Fall Assange

22. Mai 2019 um 10:34Ein Artikel von: Redaktion

Heute möchte ich mich als Frau zu Wort melden. Als Frau, die Vergewaltigung und sexuellen Missbrauch überlebt hat. Als Frau, die weiss, wie grausam Männer sein können und wie tief die Wunden in der Seele einer Frau sind. Bis heute erinnere ich mich an den unerträglichen Schmerz. Bis heute spüre ich die Qualen. Bis heute verfolgen ihre Gesichter meinen Schlaf – ein Schicksal, das unzählige Frauen weltweit teilen. Nein, ich würde nie einen Vergewaltiger verteidigen, es kann nie eine Entschuldigung für dieses Verbrechen geben und auch keine Straffreiheit für die Vergewaltiger. Wir schulden es uns selbst, unseren Schwestern und den Mädchen, uns zu äussern und gegen die Selbstzufriedenheit anzukämpfen. Aber in

unserem Bestreben, das Richtige zu tun, sollten wir nie die Gefahr von Fehlern und die Auswirkungen von falschen Anschuldigungen vergessen. Von **Pamela Anderson**, frei aus dem Englischen von **Marco Wenzel**. Denn die gleichen Faktoren, die es so schwierig machen, Vergewaltigungsvorwürfe vor Gericht zu beweisen, machen es noch schwieriger, sie vor dem Gericht der öffentlichen Meinung zu widerlegen. Daher waren falsche Behauptungen über sexuelles Fehlverhalten immer das Mittel der Wahl für Mobbing-Kampagnen, Erpressung oder Verleumdung. Sobald jemand zum "Vergewaltiger" abgestempelt wurde, egal ob verurteilt, angeklagt oder nur verdächtigt, ist sein Ruf von der Öffentlichkeit nicht nur zum Tode verurteilt, sondern eigentlich schon hingerichtet.

Das ist der Grund dafür, warum ich mich jetzt zu Wort melde. Ich spreche, um einen Freund zu unterstützen. Einen Freund, den ich sehr liebe, dessen Gesundheit aber zerbröckelt, dessen Hoffnungen schwinden und dessen Zeit abläuft. Ein Freund, der es gewagt hat, der Macht die Wahrheit zu sagen, der deren kriminelle Taten beleuchtet hat und der jetzt den Preis dafür bezahlt. Ein Freund, dessen Stimme erdrosselt wurde, dessen Hände gefesselt sind und dessen Name verleumdet wurde. Sein Name ist Julian Assange.

Rufen wir uns doch bitte ins Gedächtnis, dass Julian nie wegen einer Sexualstraftat verurteilt wurde, dass er nie formell wegen einer solchen angeklagt wurde und dass es nie Beweise gegen ihn gegeben hat. Als die Vergewaltigungsvorwürfe im Jahr 2010 erstmals auftauchten, arbeitete Julian freiwillig mit der Polizei zusammen, beantwortete ihre Fragen und blieb in Schweden, bis ihm die Ausreise erlaubt wurde. Selbst die Generalstaatsanwältin, die alle Beweise sorgfältig geprüft hatte, schloss den Fall ab und erklärte: "Ich glaube nicht, dass es Grund zur Annahme gibt, dass er eine Vergewaltigung begangen hat" und dass das angebliche Verhalten "keinerlei Verbrechen offenbart hat". Einige Tage später dagegen wurde das Verfahren von einer anderen Staatsanwältin wiedereröffnet, und zwar auf der Grundlage von zurechtgeschneiderten neuen Vorwürfen.

Erinnern wir uns auch an das, was beide Beschwerdeführerinnen bereits vor Jahren bestätigt haben: dass nämlich ihr Sex mit Julian immer einvernehmlich war, dass sie nie beabsichtigt hatten, ein Verbrechen zu melden, dass aber die schwedische Polizei sie dazu gedrängt hatte. Und als Schweden 2013 endlich den Fall fallenlassen wollte, waren es die Briten, die sie drängten, keine "kalten Füsse" zu bekommen. Schweden hat dem Folge geleistet und in den folgenden Jahren alles daran gesetzt, dass Julian sich nicht gegen die Vergewaltigungsvorwürfe wehren konnte, ohne gleichzeitig eine Auslieferung an die USA zu riskieren.

Am 13. Mai 2019 eröffnete zum dritten Mal Schweden die gleiche groteske Untersuchung wie seit August 2010. Wir alle wissen, dass die Vergewaltigungsvorwürfe gegen Julian gefälscht sind. Wir alle wissen, was ihr eigentlicher Zweck ist. Und wir alle wissen, dass Schweden böswillig handelt. Wie von Women Against Rape scharf zusammengefasst: "Die Anschuldigungen gegen Julian sind ein Vorwand, hinter dem eine Reihe von Regierungen versuchen, gegen WikiLeaks vorzugehen, weil sie der Öffentlichkeit couragiert ihre geheimen Planungen von Kriegen und Besetzungen mit der damit verbundenen Vergewaltigung, Mord und Zerstörung vorgehalten haben.... Die Behörden kümmern sich so wenig um Gewalt gegen Frauen, dass sie Vergewaltigungsvorwürfe nach Belieben manipulieren". Ich stimme dem voll und ganz zu. Es geht hier nicht um Gerechtigkeit wegen Vergewaltigung. Es geht um die Vergewaltigung der Gerechtigkeit. Eine Tragödie für Julian, eine Schande für Schweden und ein schwerer Verrat an uns allen, die wir an Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit glauben.

Für mich ist Julian ein persönlicher Freund, ein Held, ein Befreier. Für Dich kann er ein Feind, ein Verräter, ein schmieriger Spitzel sein. Du hast ein Recht auf Deine Meinung und musst Deine Meinung nicht ändern. Aber bevor Sie Ihre Schlussfolgerungen ziehen, stellen Sie bitte sicher, dass Sie dies wirklich durchdacht haben.

Wenn Sie nach allem, was ich gesagt habe, immer noch glauben, dass Julian ein Vergewaltiger ist, haben Sie sich jemals gefragt, ob die blosse Tatsache eines zerrissenen Kondoms wirklich eine "Vergewaltigung" bedeuten kann? Ein zerrissenes Kondom, das keine Spur von DNA offenbart hat? Ein zerrissenes Kondom, das inmitten wiederholter sexueller Begegnungen zwischen zustimmenden Erwachsenen passiert? Ein Kondom, von dem Julian vorgeworfen wird, dass er es absichtlich zerrissen habe, aber ohne dass die einzige andere Person im Raum die Tat überhaupt bemerkt? Nur für den Fall, dass Sie es noch nicht wissen sollten: Das ist alles, wofür man ihn beschuldigt. Halten Sie inne und denken Sie nach. Und dann ziehen Sie Ihre eigenen Schlüsse.

Wenn Sie wirklich glauben, dass Julian Computer der US-Regierung "gehackt" hat, dann halten Sie inne und denken Sie nach: Warum sollte er das tun, wenn alle Dateien, die er veröffentlicht hat, ihm bereits von einem Informanten unter voller, streng geheimer Autorisierung kostenlos zur Verfügung gestellt wurden? Und wenn Sie wirklich glauben, dass die Enthüllungen von Wikileaks jemandem unrechtmässig Schaden zugefügt haben, warum verklagen Sie dann nicht die Organisation auf Entschädigung? Und wenn Sie Julian hassten, nur weil Wikileaks Sie, Ihr Unternehmen, Ihre Regierung oder Ihre politische Sache in Verlegenheit gebracht hat, dann halten Sie inne und bedenken Sie: Wer ist wirklich schuld an der Schande? Wer hat die Missetaten begangen, die aufgedeckt wurden? Sind Sie sicher, dass Sie nicht ein-

fach den Überbringer der schlechten Nachrichten erschiessen? Und was berechtigt Sie dazu, sein Folterer und Häscher zu werden?

Die Wahrheit ist, dass Wikileaks nie jemand falsch beschuldigt hat, sondern klare Beweise für Kriegsverbrechen, Korruption und Missbrauch veröffentlicht hat. Doch die einzigen Angeklagten und Verfolgten sind diejenigen, die die schmutzige Wahrheit aufgedeckt haben. Sicherlich kann man eine ethische Diskussion über die Legitimität der Veröffentlichung von undichten Staatsgeheimnissen und über damit zusammenhängende Fragen der Privatsphäre, Sicherheit und nationalen Sicherheit führen. Aber dann schaffen wir doch dazu ein ordentliches Forum, laden alle ein und reden darüber. Sicher, es mag alternative Wege geben, um Transparenz zu gewährleisten und Missbrauch zu verhindern, aber solange es nachgewiesenen Kriegsverbrechern erlaubt bleibt, sich frei zu bewegen, ist Wikileaks vielleicht unser bester und einziger Versuch, unsere Führer zur Rechenschaft zu ziehen, für die Verbrechen, die in unserem Namen gegen uns und gegen andere begangen wurden.

Also lasst uns nicht naiv sein. Julian Assange wird nicht wegen Vergewaltigung verfolgt. Es geht nicht darum, wer Julian ist, sondern darum, wer wir sind und wie wir mit Dissens und grundlegenden Herausforderungen an die Geheimhaltung umgehen, mit der Politik, Wirtschaft und andere Angelegenheiten von öffentlichem Interesse traditionell geführt werden. Es geht darum, ob wir ungestraft foltern und missbrauchen können, nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch zu Hause. Es geht nicht nur um Julians Würde, sondern auch um unsere eigene.

Dies ist einer jener Momente in der Geschichte, in denen jeder von uns vor der Wahl steht, entweder in eine kollektive Katastrophe zu schlafwandeln oder aufzustehen und das Richtige zu tun. Seit Jahrhunderten steht der Mob jubelnd da, während unbequeme Frauen lebendig verbrannt wurden, angeblich weil sie Sex mit dem Teufel hatten. Und niemand wagte es, die Lüge zu enthüllen. Heute steht die ganze Welt zum Jubeln bereit, während die Hexenjagd einem unbequemen Mann nachgeht, angeblich weil er ein Vergewaltiger, Hacker, Narzisst und – wer weiss – vielleicht sogar der Teufel selbst ist? Aber heute stehe ich auf und spreche als Frau, als Freundin und Ihre Schwester in der Menschenfamilie. Und ich bitte Sie, diesen giftigen schwarzen Schleier von Ihrem Herzen und von Ihren Augen abzuschütteln und die Wahrheit darüber zu erfahren, was mit Julian geschieht. Und bevor Sie Ihre Schlüsse ziehen, halten Sie bitte inne und denken Sie nach, und stehen Sie dann auf und tun Sie das Richtige!

Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=51912

Dumm, dümmer, Deutschland – wir sanktionieren und die USA lachen sich ins Fäustchen



22. Mai 2019 um 8:54Ein Artikel von: Jens Berger

Die USA wollen die Ostseepipeline Nord Stream 2 verhindern, so dass Europa weniger Erdgas aus Russland kauft. Gegen Russland musste die EU ja ohnehin auf Bestreben Washingtons Sanktionen verhängen. Gleichzeitig haben USA und EU ihre Sanktionen gegen Venezuela verschärft. Den grösseren "Zusammenhang" dieser Vorgänge versteht man wohl nur, wenn man sich folgende Meldung auf Bloomberg durchliest: "Russische Ölverkäufe an die USA durch Venezuela-Sanktionen auf Steroiden". Während die EU auf russisches Gas verzichten soll. haben die Amerikaner in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mehr Öl

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 129, November/1 2019

aus Russland importiert als 2016 und 2017 zusammen. US-Raffinerien bereiten sich derweil auf eine Verdreifachung der russischen Importe vor. Kommt man sich da als EU-Bürger nicht irgendwie vergackeiert vor? Von Jens Berger.

Bild: Bloomberg

Dumm, dümmer, Deutschland – so lautet offenbar die gängige Komparation im Weissen Haus. Als Deutschland und die USA gemeinsam Sanktionen gegen Russland verhängten, war die Last dieser Sanktionen ziemlich ungleich verteilt. Während die europäischen Exporte nach Russland im ersten Jahr der Sanktionen um 10% und die deutschen Exporte sogar um 18% einbrachen, konnten die USA sogar eine Steigerung des Handelsvolumens um 6% vermelden. Mittlerweile gehören die USA zu den zehn grössten Handelspartnern Russlands und die Sanktionen gegen Venezuela verleihen dem bilateralen Handel dieser beiden Staaten zur Zeit geradezu Flügel. Das aktuelle Handelsvolumen liegt gut ein Drittel über dem Vorjahreswert. Deutschlands Exporte nach Russland steigen zwar mittlerweile auch wieder leicht an, liegen jedoch immer noch mehr als 25% unter den Werten vor der Verhängung der Sanktionen. Summa summarum schulterten die USA laut einer Untersuchung des IfW 0,6% des Rückgangs des Handelsvolumens, während Deutschlands Wirtschaft stolze 40% zu verkraften hatte. Selbstverständlich wusste die deutsche Regierung, auf was sie sich da einlässt. Würde Deutschland den USA vorschlagen, gemeinsam Mexiko zu sanktionieren, wäre die Schieflage wohl vergleichbar, nur dass die USA sich freilich nie auf eine solche Dummheit einlassen würden.

Noch drastischer ist die Schieflage bei den Sanktionen gegen Iran. Nach dem Atomabkommen von 2015 und dem Ende der Sanktionen hatte sich das Handelsvolumen zwischen Iran und der EU wieder von 7,7 Mrd. Euro auf 21 Mrd. Euro fast verdreifacht. Das Handelsvolumen zwischen Iran und den USA beträgt 180 Millionen Euro – also weniger als ein Prozent(!) des iranisch-europäischen Wertes. Wer keinen Handel betreibt, kann auch vollmundig einen "vollständigen Rückzug" ankündigen und dabei die eigenen Sanktionen auf Drittländer ausweiten. So müssen sich auch deutsche Unternehmen dem Druck der USA beugen und ihre Geschäfte mit Iran einstellen, obgleich Deutschland überhaupt keine Sanktionen gegen Iran verhängt hat. Folgerichtig musste Deutschland daher auch einen Rückgang des eigenen Handelsvolumens durch die US-Sanktionen vermelden. Dass die Ausweitung der Sanktionen durch die USA auf Drittstaaten wie Deutschland so ziemlich jedem völkerrechtlichen Grundsatz widerspricht, ist ein weiteres Thema, das hierzulande gerne ignoriert wird.

Nun also Venezuela. Anders als bei Russland und Iran sind die USA für Venezuela neben China in der Tat der wichtigste Handelspartner. Umgekehrt gilt dies jedoch nicht – das Handelsvolumen zwischen den USA und Venezuela liegt trotz der Erdölimporte ungefähr auf einem Niveau mit dem Aussenhandel zwischen der USA und den Philippinen, Schweden oder Österreich. So richtig schmerzen werden die US-Wirtschaft die Sanktionen also ohnehin nicht, und wenn die Minderlieferungen beim Öl von Russland ausgeglichen werden ... um so besser.

Sollen doch die Deutschen auf ihre "Russen-Pipeline" verzichten, während Uncle Sam russisches Öl importiert und den dummen Deutschen sein eigenes überteuertes Fracking-Gas andreht. Die planen sogar das Fracking-Gas aus den USA zu subventionieren – und zwar von den "Netznutzern", also schlussendlich von den Endkunden, die sich nicht dagegen wehren können und fortan ihre "Fracking-Umlage" über den Umweg ihres Gasversorgers an die USA bezahlen sollen. Und wenn am Sonntag gewählt wird und der bayerische "Russenfresser" Manfred Weber vielleicht als kommender EU-Kommissionschef die Ostseepipeline Nord Stream 2 sogar noch verhindert, gucken die dummen Deutschen so richtig in die Röhre und können noch mehr teures Fracking-Gas aus den USA kaufen. Die können ja derweil auf Öl umstellen und sich die per LNG-Tanker gen Europa exportierte Energiemenge für günstiges Geld aus Russland liefern lassen.

Wäre die Unterwürfigkeit der Bundesregierung gegenüber den USA nicht derart offensichtlich, müsste man an dieser Stelle glatt fragen, ob die Politik ihre Bürger eigentlich überhaupt noch ernst nimmt. Titelbild: Sunday Stock/shutterstock.comQuelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=51908

Fake-News: Neuer "Beweis", dass Assad wieder Giftgas in Syrien einsetzte

Sott.net Mi, 22 Mai 2019 18:12 UTC

Die Medien haben einen Sprung. Nachdem neue Informationen veröffentlicht wurden, dass nicht Assad, sondern die Aufständischen einen Giftgasangriff in Syrien inszenierten, unken nun unsere Medien eine weitere Fake-Meldung aus ihrem Sumpf heraus:



© CC BY 2.0 / Mike MacKenzie / Fake News - Person Reading Fake News Article

Die Vereinigten Staaten haben nach eigenen Angaben Hinweise auf eine möglichen neuen Chemiewaffen-Angriff syrischer Regierungstruppen. In einer Erklärung des Aussenministeriums vom Dienstag ist die Rede von einer "mutmasslichen Chlorgas-Attacke im Nordwesten Syriens am Morgen des 19. Mai." Den Hinweisen werde nachgegangen. Demnach könnten die Chemiekampfstoffe während der Offensive in der von Dschihadisten kontrollierten Region Idlib zum Einsatz gekommen sein.

"Wir wiederholen unsere Warnung, falls das Assad-Regime Chemiewaffen benutzt, werden die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten schnell und in angemessener Weise antworten", sagte Aussenamtssprecherin Morgan Ortagus.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung

Lesen Sie dazu den folgenden Artikel:

Geleakter OPCW-Bericht: Weiterer Beweis, dass Assad kein Giftgas verwendete, sondern die Aufständischen Quelle: https://de.sott.net/article/33483-Fake-News-Neuer-Beweis-dass-Assad-wieder-Giftgas-in-Syrien-einsetzte

Geleakter OPCW-Bericht: Weiterer Beweis, dass Assad kein Giftgas verwendete, sondern die Aufständischen

Sott.net Mi, 22 Mai 2019 17:47 UTC



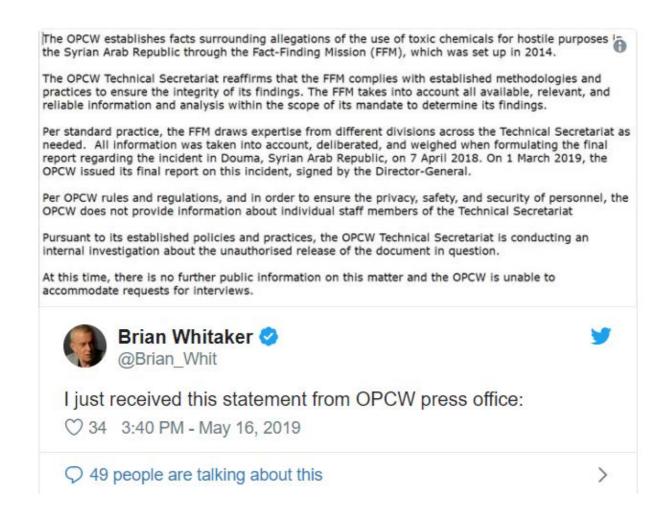
© Flow/Sott.net

Viele <u>alternative</u> <u>Medien</u> vermuteten von Anfang an, dass der "Giftgasangriff" am 07. April 2018 in Syrien nicht von Assad, sondern von den Aufständischen durchgeführt wurde - zudem legten das damals russi-

sche Untersuchungen nahe. Dies bestätigt nun die OPCW in einem geleakten Bericht, der nun als echt verifiziert wurde.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) hat die Echtheit eines aus ihren Reihen geleakten Berichts zu dem mutmasslichen Giftgaseinsatz am 7. April 2018 im syrischen Duma bestätigt. Der Bericht legt eine Inszenierung des Vorfalls durch die Aufständischen nahe.

Der OPCW kann Zurückhaltung, Manipulation und Parteiergreifung vorgeworfen werden, denn diese Informationen wurden nicht in ihrem Endbericht im letzten Jahr veröffentlichtlicht?



Während der geleakte Bericht ein zusätzliches Indiz für eine Inszenierung liefert – neben beispielsweise den gefälschten Aufnahmen aus dem Krankenhaus in Duma – zeigen sich die Anhänger der These von der Schuldigkeit der syrischen Armee davon unbeirrt. Darunter Scott Lucas, Redakteur der Webseite *EA WorldView*, der in der Vergangenheit schon mit der nachweislich falschen Behauptung Stimmung machte, in Duma seien neben Chlorgas auch Chemiewaffen eingesetzt worden. Er vertritt die Ansicht, dass die OPCW Hendersons Bericht nicht unterdrückt, sondern lediglich aussortiert habe, weil sie ihn nicht für schlüssig befand.

Selbst wenn dem so wäre, stellt sich die Frage, warum die OPCW in ihrem Abschlussbericht mit keiner Silbe erwähnte, dass überhaupt verschiedenen Hypothesen im Zusammenhang mit den Zylindern nachgegangen wurde. Dort heisst es lediglich, dass Ingenieure gebeten wurden, Bewertungen über die "Flugbahn" der Zylinder abzugeben. Es wurde also stillschweigend vorausgesetzt, dass sie aus der Luft abgeworfen wurden – und damit implizit auch die Täterschaft der syrischen Armee.

- RT Deutsch

Man darf nicht vergessen, dass nach dem Angriff sofort der Diktator-Finger auf Assad gerichtet und Luftangriffe auf Syrien geflogen wurden.

Ibiza-Video: Wie die Strache-Affäre gegen Russland benutzt wird



Ibiza-Video: Wie die Strache-Affäre gegen Russland benutzt wird 22. Mai 2019 um 12:22Ein Artikel von: Tobias Riegel

Die Strache-Affäre kann als Einmischung in eine Wahl bezeichnet werden – doch diese Einmischung kommt nicht wie angekündigt aus Moskau. Dennoch wird die Affäre medial genutzt, um Russlands angebliche "Destabilisierung westlicher Demokratien" scheinbar zu belegen. Von **Tobias Riegel**.

In diesem Artikel soll der ehemalige österreichische Vizekanzler und FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache nicht über Gebühr verteidigt oder dessen unausweichlicher Rücktritt bedauert werden. Dass aber die Video-Affäre höchst ambivalent erscheint, haben die NachDenkSeiten aktuell bereits in diesem Artikel beschrieben: Einerseits ist hier ein problematischer Politiker über seine potentielle Korruption gestürzt, was zu begrüssen ist. Andererseits erscheint der Vorgang und die Rolle der Medien aber manipulierend und unseriös. Dass die Affäre kein Grund für die nun bei deutschen Journalisten und Politikern zu beobachtende Selbstgerechtigkeit darstellt, hat Jens Berger in diesem Artikel betont.

Erlebten wir nun die angekündigte "Destabilisierung westlicher Demokratien"?

Mit der Video-Affäre um Strache erlebt die EU aktuell ein Ereignis, vor dem in grossen deutschen Medien eindringlich gewarnt wurde: Dubiose und bislang unbekannte Akteure haben massiv in den Wahlkampf und in die Tagespolitik in Österreich eingegriffen. Ist das also die seit Jahren hysterisch an die Wand gemalte "Destabilisierung westlicher Demokratien"?

Ja und nein. Man kann den Vorgang als Angriff werten (oder auch gutheissen) – aber die Destabilisierung kommt ganz und gar nicht aus der Richtung, aus der sie angekündigt wurde: Nach aktuellem Wissensstand hat Russland mit der Erstellung und Archivierung des Strache-Videos sowie mit seiner strategischen Platzierung kurz vor einer Wahl nichts zu tun. Die Urheber der Affäre sind mutmasslich/offensichtlich westlichen Kreisen zuzuordnen. Ob nun Weg-"Gefährten" Straches, ein "westlicher Geheimdienst", eine österreichische Kanzlei oder ein deutscher Comedian hinter der Falle stecken, ist für diesen Aspekt unerheblich.

Nicht-russischer Ursprung der Affäre wird ignoriert

Durchaus erheblich ist aber, dass der mutmasslich nicht-russische Ursprung der Einmischung nun weitgehend ignoriert wird. Anstatt den scheinbar westlichen Ursprung der Intervention in die EU-Wahl zu skandalisieren, tun viele Medien so, als würde die von ihnen selbst geschürte anti-russische Hysterie nun

durch die Strache-Affäre bestätigt werden. Diese Richtung wurde schon zu Beginn der Berichterstattung eingeschlagen.

Bei der Strache-Affäre wurde belastendes Material produziert, dann archiviert und schliesslich strategisch platziert. Weil diese Praxis bei vielen Menschen Assoziationen mit Geheimdiensten auslöst, versuchten einige grosse Medien, diese Assoziationen vom mutmasslich westlichen Ursprung hin zur "russischen Einflussnahme" zu kanalisieren. So bezeichnete die "Welt" die gegen Strache eingesetzten Praktiken als "eine Strategie, wie sie der russische Geheimdienst perfektionierte". Und auch eine Anmoderation der "Tagesthemen" zum Thema Strache beginnt zunächst mit den angeblichen Destabilisierungsversuchen "russischer Kräfte". Die scheinbare Hörigkeit der Rechten gegenüber Russland thematisiert aktuell auch der DGB.

"Russland und Europas Rechte"

Als aktuellstes Beispiel und stellvertretend für diese mediale Stossrichtung sei hier auf einen aktuellen Beitrag des "Deutschlandfunks" verwiesen. Unter dem Titel "Das Ibiza-Video – Russland und Europas Rechte" behauptet Autorin Martha Wilczynski:

"Der Skandal um das Ibiza-Video des österreichischen Vize-Kanzlers und FPÖ-Politikers Hans-Christian Strache hat einmal mehr den Fokus auf die Zusammenarbeit Russlands mit rechten Parteien in Europa gelenkt."

Zwischen der FPÖ und der Regierungspartei Einiges Russland bestehe ein förmliches Kooperationsabkommen. Auch zur italienischen Lega Nord, dem französischen Front National und der deutschen AfD bestünden engere Kontakte. In den russischen Medien werde die FPÖ-Affäre als Versuch des Mainstreams bezeichnet, russlandfreundliche Kräfte kurz vor der Europa-Wahl zu diskreditieren, so Wilczynski. Ein Politologe stellt schliesslich in der Sendung fest, dass Russland nicht mit jedem Freundschaft schliesse. Der Kreml habe folgende, nicht sehr überraschende, Kriterien: Die jeweilige Partei müsse im Rahmen der jeweiligen Verfassung agieren und Russland gegenüber freundlich eingestellt sein.

Was sagen die Russen über die Rechten?

Der Beitrag kommt auch auf die russische Politikerin Veronika Krascheninnikowa zu sprechen, die sich kürzlich in einem hochinteressanten Artikel zum Verhältnis Russlands zur europäischen Rechten geäussert hatte. Wie jedoch der "Deutschlandfunk" die Politikerin und die Frage zu den Rechtsparteien behandelt, ist ungenügend. Zunächst wird Krascheninnikowa mehrfach als "Politologin" vorgestellt. Dabei ist sie laut "RT" Leiterin der Abteilung Aussenpolitik in der Regierungspartei "Einiges Russland". Zudem ist sie – oder war es zum Zeitpunkt der Entstehung ihres Artikels – Mitglied im obersten Rat von "Einiges Russland", eine Position, die mit einer Mitgliedschaft im CDU-Vorstand vergleichbar ist. Das ist, als würde man Angela Merkel im Ausland als "Physikerin" vorstellen.

Der wichtige Text von Krascheninnikowa bezeichnet laut "Deutschlandfunk" den Austausch zwischen Kreml und europäischer Rechter als "Win-Win-Situation". Krascheninnikowa würde aber warnen: Russland habe dabei mehr zu verlieren als AfD und Co. Die Verbindungen seien darum eher ein Grund zur Besorgnis. Diese Zusammenfassung ist zwar keine direkte Verzerrung, aber sie vereinfacht und entschärft die Äusserungen Krascheninnikowas. Es sei hier darum die Lektüre ihres Artikels empfohlen. Die Nach-DenkSeiten hatten ihn damals in diesem Artikel analysiert:

"Aus einem weiteren Dilemma, in dem sich der russische Staatssenders 'RT Deutsch' befindet, lässt sich auch auf eines der russischen Regierung schliessen: Einerseits verweigern viele gemässigte Gesprächspartner kategorisch den Dialog mit Sender und Regierung, gleichzeitig werden die erst aus dieser Verweigerung entstehenden eventuell problematischen Kontakte zu anderen Gesprächspartnern medial überbetont. Wiederum gleichzeitig werden etwa die zahlreichen Interviews von 'RT Deutsch' mit LINKEN-Politikern von westlichen Medien verschwiegen. Auch aus solchen Verzerrungen entsteht das gewünschte (Trug-)Bild von der russischen 'Präferenz' für rechte Strömungen in Europa".

Geopolitische Motive bei Strache-Affäre nicht ausgeschlossen

Dass im Übrigen genau die FPÖ-Kontakte zu Russland ein Motiv für die Attacke gegen Strache gewesen sein könnten, wird ebenfalls nicht angemessen thematisiert. Etwa die Frage, ob den Initiatoren die Bestechlichkeit Straches herzlich egal ist, und es bei dem Vorgang nicht um politisch-moralische Hygiene ging, sondern viel mehr um das geopolitisch motivierte Kappen bestimmter Kommunikations-Kanäle zwischen Österreich und Russland. Auch diese Gedankenspiele sind momentan natürlich reine Spekulation. Nicht zu leugnen ist aber, wie skrupellos nun viele Medien und Politiker den Fall Strache für einen "proeuropäischen Schub" nutzen wollen.

Was der Vorgang zudem einmal mehr belegt, ist die Möglichkeit, ähnlich gelagerte Episoden durch mediale Gewichtungen in völlig unterschiedlichem Licht darzustellen. Etwa die Strache-Affäre und die in Umlauf gebrachten E-Mails von Hillary Clinton. Zugunsten Clintons wurde der Akt des Datendiebstahls so massiv skandalisiert, dass mögliche belastende Inhalte aus ihren Mails nicht mehr durchdringen konnten.

FIGU-ZEITZEICHEN, Nr. 129, November/1 2019

Im Fall Strache ist diese Gewichtung genau umgekehrt, wie die NachDenkSeiten beschrieben haben: Der Inhalt soll die Entstehungsgeschichte verdecken.

Die Medien und die Selbstbespiegelung - Die Rechten und die Opferrolle

Zu dieser Entstehungsgeschichte und zur Quelle des Videos hüllen sich die medialen Hauptakteure "Spiegel" und "Süddeutsche Zeitung" weitgehend in Schweigen. Kaum vermeiden können die Redakteure aber die – erwartbare, aber dennoch lästige – Selbstbespiegelung, die sie in erklärenden oder in verteidigenden Texten zu den Themen Strache und Verantwortung der Medien praktizieren. Die Geschichte scheint auch noch nicht ausgestanden: Angeblich gibt es noch erhebliche Mengen an belastendem Material, das in den nächsten Wochen möglicherweise scheibchenweise veröffentlicht wird – oder auch erst in vier Jahren, wenn auf die nächste Wahl Einfluss genommen werden soll.

Man sollte aufpassen, dass man den Rechten nun nicht die Opferrolle überlässt, in die sie sich nur zu gerne begeben wollen. Ein Teil dieses Schadens ist jedoch durch die dubiose Umsetzung der Affäre schon angerichtet, wie die "Welt" schreibt:

"Die Art, wie Heinz-Christian Strache aus dem Amt katapultiert wurde, erlaubt es ihm, zu behaupten, er sei zurückgetreten, weil ihm eine Falle gestellt wurde. Und nicht, weil er ein populistischer Demokratieverächter ist."

Titel: Rustic / Shutterstock. Quelle: https://www.nachdenkseiten.de/?p=51934

Das Ende der Redefreiheit: USA klagen Julian Assange der Spionage an – Ihm drohen bis 170 Jahre Gefängnis

Sott.net Fr, 24 Mai 2019 16:45 UTC

Eigentlich sollten sie als Helden gefeiert werden, weil sie Kriegsverbrechen durch ihre Leaks aufdeckten – doch leider nicht mehr in diesem Jahrzehnt. Wer Verbrechen aufdeckt, wird selbst zum Verbrecher erklärt und wer Verbrechen wirklich begangen hat, darf weiterhin frei seinen Bedürfnissen frönen und als US-Präsidentin (wie Hillary Clinton) kandidieren. Die Rede ist von den Helden Julian Assange, Edward Snowden und Chelsea Manning. Ersterer wurde vor wenigen Wochen der ecuadorianischen Botschaft verwiesen und den britischen Gesetzesschergen übergeben. Seitdem herrscht mehr oder weniger Funkstille um Julian Assange und bislang ist nicht bekannt, ob ihn Anwälte aufsuchen dürfen, um ihn rechtlich zu vertreten.



© Sott.net

Das Ganze erhält nun einen weiteren negativen Höhepunkt: Denn die USA klagen Julian Assange offiziell wegen Spionage an. Das bedeutet unter anderem bis zu 170 Jahre Gefängnis. Bereits die Festnahme war der Todesstoss für Presse- und Redefreiheit, doch jetzt wurden sie wortwörtlich begraben.

"Das ist Wahnsinn.

Es ist das Ende des Staatssicherheits-Journalismus und des ersten Zusatzartikels"



- WikiLeaks

Der erste Zusatzartikel enthält unter anderem die Redefreiheit in den USA, ein Wert, mit dem die USA viele Jahre lang Werbung machte.

In einem längeren Statement sprach Wikileaks von einer "beispiellosen Attacke auf die freie Presse". Die Anklagen wegen Spionage bezögen sich auf das Öffentlichmachen von durch die USA begangenen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Der Trump-Regierung gehe es um Abschreckung, kein Journalist könne sich mehr sicher vor Repressalien fühlen, die freie Presse werde so zerstört.

- RT Deutsch

Jeremy Scahill, Gründer der Webseite The Intercept, erklärte auf Twitter:

Es spielt keine Rolle, was man über die einzelnen Whistleblower denkt ... Aber wir alle müssen erkennen, dass es sich hier um einen Angriff auf unsere Grundrechte auf Information und darüber handelt, was die US-Regierung in unserem Namen unternimmt.

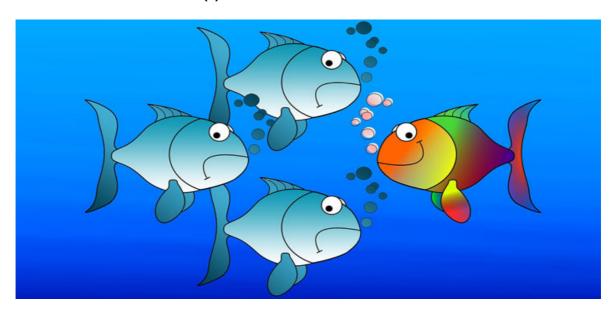


- RT Deutsch

Trump ist nur noch eine Schande und er steckt selbst bis zum Hals in einem Sumpf.

Quelle: https://de.sott.net/article/33486-Das-Ende-der-Redefreiheit-USA-klagen-Julian-Assange-der-Spionage-an-Ihm-drohen-bis-170-Jahre-Gefangnis

Ich stelle mich vor und erkläre euch warum es nötig ist ein Rebell zu sein 5/5 (3) 25/05/201926/05/2019 NPR.NEWS



Diego Fusaro: Teil 27: Er ist in Turin geboren, 32 Jahre alt und lehrt bereits Philosophiegeschichte an der Universität von Mailand. Er bezeichnet sich als unabhängiger Schüler von Hegel und Marx. Intellektuell andersdenkend, nicht eingereiht, ausgeglichen, jenseits von Rechts oder Links, überzeugt von der Notwendigkeit den politischen und kulturellen Kampf von Marx und Gramsci im Namen der menschlichen Emanzipation und der sozialen Rechte/Gerechtigkeit fortzuführen.

Als Meinungsvertreter bei den bedeutendsten nationalen Fernsehsendern hat er in Teramo auf Einladung der kulturellen Vereinigung "Maria Converti" eine Konferenz über ökologische, soziale und ökonomische Vertretbarkeit gehalten. Er bleibt überzeugt, dass es unter allen Umständen wichtig ist seinen eigenen Gedankengängen zu folgen, ohne sich von der öffentlichen Meinung oder dem politisch korrekten Chor beeinflussen zu lassen.

F: Diego Fusaro, wo sind sie geboren, und welches sind ihre Studiengänge?

A: Ich bin in Turin im Jahr 1983 geboren, habe das klassische Lyzeum Vittorio Alfieri von Turin besucht, anschliessend habe ich Philosophie an der Universität Turin studiert, und im Anschluss daran bin ich nach Mailand gezogen, wo ich mein Doktorat in Philosophie und Philosophiegeschichte erworben habe und dann als Forscher an der Universität San Raffaele in Mailand geblieben bin.

F: Also haben sie die Philosophie im Blut...

A: Absolut, es ist wie eine Verdammung oder Berufung, je nachdem, wie man es betrachtet – ich bevorzuge es als passionierte Berufung anzusehen. Ein Leben ohne Erforschung ist nicht lebenswert hat Sokrates gesagt.

F: Also dann, die übliche Frage, welche alle ihrer Schüler stellen werden: Wozu ist Philosophie nötig/brauchbar?

A: Also, um genau diese Frage zur Diskussion zu stellen, das heisst, den Nutzen, denn in unserer Zeit wird alles am Nutzen gemessen, dass etwas für irgendeinen Zweck nützlich ist. Die Philosophie braucht es schon, um diese Frage zur Diskussion zu stellen. Weil die Philosophie – das hat schon der grosse Denker Aristoteles gesagt – braucht es für nichts im eigentlichen Sinn und gerade in dieser Hinsicht ist ihre Grossartigkeit zu sehen, weil sie losgelöst von den Fesseln jedes Zwanges ist, das heisst, dienlich zu sein; sie dient sich selbst.

Die Philosophie formt, überbringt Wissen, eine Erkenntnis, welche von einem utilitaristischen Gesichtspunkt komplett unnötig ist, da sie nicht für Produktivität gebraucht wird, um Wert und Reichtum zu schaffen, Sie wird gebraucht, um das innere eines Menschen zu formen, "um die eigene innere Statue zu schaffen", wie Plotino gesagt hat. Das heisst, sie wird gebraucht für den Reifeprozess des Bewusstseins und des kritischen Gewissens. In unserer Zeit, wo alles nach seinem (wirtschaftlichen) Nutzen gemessen wird, ist es offensichtlich, dass die Philosophie in irgendeiner Weise wegen ihrer schöpferischen Unnützlichkeit dämonisiert werden muss, sage ich.

F: Nichts destotrotz promovieren fast alle grossen Manager und Unternehmer in Philosophie ...

A: Das ist richtig, weil die Philosophie Respekt gegenüber besonderen Wissenschaften bedeutet, wie die Ökonomie – ein Wissen mit einem breiten Spektrum, sie ist nicht von purer Rechnungsweise limitiert, ist irgendwie abgeleitet von dem, was Gramsci als Zuschneidung des Wissens bezeichnete. Philosophen würden behaupten, dass die Philosophie es erlaubt, ein holistisches Bewusstsein zu haben, das heisst, beinhaltet die Historie der Welt, in der wir leben und deshalb wundert es mich nicht, dass top Führungskräfte aus der Welt der Ökonomie, ich denke da an Marchionne, um nur ein Beispiel zu nennen, in gewisser Weise ein philosophisches Bewusstsein haben, schon nur um sich der Welt, in der sie leben, bewusst zu sein. Es ist daher, ein weiterer Beweis, zu sagen, dass es nötig ist Philosoph zu sein.

F: Sie definieren sich als abtrünnigen Intellektuellen, nicht angepasst/eingereiht. Nicht angepasst an was?

A: Essenziell nicht angepasst an das, was ich als "Leitgedanken" definiere, was nichts anderes ist, als die dominierende Überordnung nach 1989, wo man in naiver Manier gesagt hat, dass keine Ideologien mehr existieren. In der Realität existiert heute nur mehr eine einzige Ideologie, und das ist das Problem, ein einziger, Gedankengang/Betrachtungsweise, welcher darauf hinzielt, die kapitalistisch-ökonomische Existenz zu naturalisieren – der Gedankengang mit dem man annimmt, dass Alles nach seiner ökonomischen Nützlichkeit bemessen werden muss – als einziges gültiges Kriterium.

Also nicht angepasst zu sein, bedeutet heute essenziell, dass man dieses dominante Paradigma zur Diskussion stellt und die Möglichkeit anderer Paradigmen und Sinnes-Ressourcen in Erwägung zieht.

F: Das entfernt Sie also vom Einheits-Chor?

A: Ich, ja, ich halte mich freudig ausserhalb des Einheits-Chors, im Gegenteil, ich würde mich nicht mal als Intellektuellen bezeichnen, weil die Intellektuellen heute in gewisser Weise eine Klasse bilden, sie sind eine Form von post-modernem Klerus, welcher nicht mehr den mittelalterlichen Gott legitimiert, sondern den neuen Gott der Märkte, der Ökonomie und des Finanzverkehrs.

Deshalb verstehe ich mich, metaphorisch gesehen, wie ein Fisch, der gegen die Strömung schwimmt; die Intellektuellen sind das Rudel der Fische, welche der "politisch korrekten" Meinungsströmung folgen. Intellektuell ein Dissident zu sein, sagen wir mal so, bedeutet sich gegen die Strömung zu bewegen, das heisst, hartnäckig dagegen anzugehen, sich der dominierenden Richtung – welche sich manisch im Fernsehen, der Presse, in sozialen Netzwerken und was es sonst noch gibt, und verbreitet – entgegen zu setzten.

F: Ich lese, dass Sie sich für die menschliche Emanzipation, die sozialen Rechte einsetzen – dieses ist die Woche der Frauen –, deshalb frage ich Sie, was halten Sie von der Surrogat-/ Leihmutterschaft?

A: In extremer Synthese glaube ich, kann man es nicht Surrogat- oder Leihmutterschaft nennen, das heisst, es ist ein neo-Orwellianischer, neo-linguistischer Begriff. In Wirklichkeit ist es das (Ver)Mieten des Uterus. Die Surrogat.(Leih-)Mutterschaft setzt eine komplette Verkäuflichkeit der Frau voraus und ist deshalb als schwere Beleidigung und Verstoss, ein Attentat auf die Rechte der Frau und auch auf die Rechte des zu Gebärenden. Die Frau wird hiermit zur Form eines simplen Inkubators gegen Bezahlung abgewertet, und das Kind zu einem einfachen Marktgegenstand gemäss Angebot und Nachfrage, welches auch auf Wunsch genetisch programmiert werden kann.

Es ist nur ein Einzelfall, warum diese Kinder in Amerika und Canada und nicht in Afrika "programmiert" werden, weil wenn man das mit Afrikanerinnen macht, sind die Kinder dunkelhäutig, was uns zu verstehen gibt, dass es sich hier um Praktiken mit rassistischem Hintergrund handelt. Es ist ausserdem eine Form von Klassismus, da diese Praktik Tausende von Euros kostet und deshalb ein Privileg der Reichen, der Klasse der Dominanten, ist; deshalb versteht man nicht, warum Arbeiter oder ein Arbeitsloser für eine solche Praktik sein sollten, welche schon in sich selbst falsch ist, weil sie den Körper der Frau und des Kindes vermarktet – es ist ein Vorteil für diejenigen – wenn man von Vorteil sprechen kann – die reich und wohlhabend sind.

F: Wenn Sie die Klasse betreten, so jung wie Sie sind, was denken Ihre Studenten?

A: Ja, deshalb ist es schwer, den Respekt der Studenten zu bekommen, weil sie dich als gleichaltrig – oder fast – fast ansehen, und man muss sich ihr Vertrauen und die Wertschätzung erarbeiten, denn wenn ich weisshaarig, bärtig und ein 60-jähriger wäre, das heisst im italienischen Mittel der Dozenten, würde sich automatisch eine respektvolle Beziehung, basierend auf der Generations-Hierarchie aufbauen. In meinem Fall muss man sich den Respekt erarbeiten.

F: Wie fangen Sie gewöhnlich an, wenn Sie eintreten?

A: "Wenn du lehrst, lehre auch den Zweifel an deiner Lehre": ganzheitlich Denken.



Bild: Gerd Altmann - Pixabay

 $Quelle:\ https://npr.news.eulu.info/2019/05/25/ich-stelle-mich-vor-und-erklaere-euch-warum-es-noetig-ist-ein-rebell-number (auch 1998). The properties of the properties of$

zu-sein/

Die Kriegstrommler

Der österreichische Schriftsteller Karl Kraus schrieb bereits vor 100 Jahren gegen die Kriegshetze der Medien an.



Dienstag, 28. Mai 2019, 15:00 Uhr von Rudolf Hänsel Foto: DutchScenery/Shutterstock.com

Nichts Neues unter dem Himmel! Kriegshetze und die Kreation von Feindbildern in den Medien sind keine Erfindung der Ära von Merkel und Putin. Schon vor und während des Ersten Weltkriegs machte die damalige Presse massiv mobil. Der Schriftsteller Karl Kraus, Herausgeber der "Fackel", führte einen dreissigjährigen einsamen Kampf gegen die "Journaille" (übersetzt ungefähr: "Presse-Gesindel"). Das brachte ihm zu Lebzeiten viel Ärger ein — aber auch den Respekt vieler Nachgeborener. Kraus mutige Texte können auch uns Heutige inspirieren, in dunkler Zeit unserer Überzeugung treu zu bleiben.

Karl Kraus, Jahrgang 1874, war einer der bedeutendsten österreichischen Schriftsteller des beginnenden 20. Jahrhunderts und ein scharfer Kritiker der vorherrschenden Presse und des Hetzjournalismus seiner Zeit. "Journaille" bedeutet in Anlehnung an das französische Wort "Kanaille" so viel wie "Presse-Gesindel" oder "Presse-Pack". Karl Kraus hat den Ausdruck 1902 bekannt gemacht.

Das war vor über 100 Jahren. Es lohnt sich, sich noch einmal in aller Ruhe in die damalige Zeit einzulesen und sie mit der heutigen zu vergleichen. Immer noch beteiligen sich Massenmedien an der Schaffung von Feindbildern und an Kriegshetze. Durch Manipulation und Propaganda tragen sie überdies zur Verdummung der Massen bei. Dieses unverantwortliche Verhalten der "Diener ihrer Herren" gefährdet die Demokratie. Zweifler, die das Spiel durchschauen und versuchen dagegen zu halten, werden durch das Totschlagargument "Verschwörungstheoretiker" persönlich diskreditiert, um sie mundtot zu machen.

"Die Verwüstung des Staates durch die Pressemaffia"

Von 1899 bis 1936 gab Karl Kraus die satirische Zeitschrift "Die Fackel" heraus. Darin setzte er sich kritisch, ironisch und zum Teil bitterböse mit den Entwicklungen seiner Zeit auseinander. Seine Themen waren Journalismus und Krieg, Sex und Kriminalität, Politik und Korruption sowie Literatur und Lüge. 1902 schrieb er in einem Artikel mit dem Titel "Die Journaille" über "die Verwüstung des Staates durch die Pressemaffia" und überlieferte diese Bezeichnung damit dem Sprachgebrauch (1).

Das Wort "Journaille" benennt Journalisten, die herabwürdigende und skandalisierende Un- oder Halbwahrheiten verbreiten.

Dabei werden sie als verantwortungslos, sensationshungrig und unlauter agierend bezeichnet. Auch werden ihnen demagogische beziehungsweise politische Motive zugeschrieben.

Aber nicht nur Karl Kraus, auch die grosse kämpferische Frau und Friedens-Nobelpreisträgerin Bertha von Suttner bezeichnete die Presse – bereits im Jahr 1889 – als ein "Werkzeug des Kriegsministeriums", und warnte in ihrem aufrüttelnden Appell "Die Waffen nieder!" vor den Massenkommunikationsmitteln, die "im Dienste der Verdummung der Massen, der Hetze und Hasspropaganda" stünden. Der Mensch sei verpflichtet, so Bertha von Suttner, dem Menschen ein "Frieder" zu sein, ein Mensch, der Frieden gibt, Frieden macht, Frieden stiftet (2). Gerade auch Journalisten wären dazu verpflichtet.

Doch immer noch tragen Massenmedien durch ihre Berichterstattung und Sprache massgeblich zur Schaffung von Feindbildern bis hin zur Ermutigung blutiger Revolutionen bei, die unversehens zu (Bürger-)Kriegen führen können. Staatspräsidenten, die sich dem US-Diktat nicht unterwerfen, werden über Monate oder Jahre hinweg im Auftrag verbrecherischer Auftraggeber des Tiefen Staates kriminalisiert und dämonisiert: Putin, Assad, Maduro oder auch der Präsident des kleinen Serbien sind nur einige aktuelle Beispiele. Und wir alle kennen die tragischen Schicksale der ehemaligen Präsidenten des Irak, von Serbien und Ex-Jugoslawien und Libyen. Nachdem sie jahrelang dämonisiert worden sind, brachte man sie um. Ihre Staaten wurden zerrüttet, ihre Länder zerstört, ihre Bevölkerung hingemordet.

"Wir leben im Zeitalter medialer Massenverblödung"

Ebenso destruktiv, demokratiegefährdend und gefährlich wie Hasspropaganda und die Schaffung von Feindbildern ist die gezielte Desinformation der Bürger. Der weltweit geachtete Journalist, Orientalist und Autor Peter Scholl-Latour, warnte in einem "ZEIT"-Interview anlässlich seines 90. Geburtstags am 9. März 2014:

"Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung. (..) Wenn Sie sich einmal anschauen, wie einseitig die hiesigen Medien von TAZ bis <Welt>, über die Ereignisse in der Ukraine berichten, dann kann man wirklich von einer Desinformation im grossen Stil berichten, flankiert von den technischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters, dann kann man nur feststellen, die Globalisierung hat in der Medienwelt zu einer betrüblichen Provinzialisierung geführt. Ähnliches fand und findet ja bezüglich Syrien und anderen Krisenherden statt" (3).

Dabei könnten Massenmedien einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Ermutigung der Menschen leisten, sind die Medien doch gemäss nationaler und internationaler Vereinbarungen der wahrheitsgemässen Information von uns Bürgern und dem Frieden verpflichtet. Doch das Gegenteil ist der Fall. Sie übernehmen keine Verantwortung für das allgemeine Wohl der Menschheit.

Wie können Menschen Hoffnung schöpfen und über die wesentlichen Dinge im Leben nachdenken, wenn sie von den Massenmedien nur desinformiert, abgelenkt und mit lebensuntauglichem Informations-Müll ("circenses") vollgestopft werden?

Erst wenn Menschen über genug Wissen und Bildung verfügen, können sie daraus Konsequenzen für ihr persönliches und auch gesellschaftliches Handeln ziehen, etwas Neues in Angriff nehmen. Der gebildete und eigenständig denkende Mensch, der auch ein human denkender und fühlender sein muss, wird gerne daran mitarbeiten, eine bessere Gesellschaftsordnung zu entwickeln.

Die Stimme ihrer Herren

Ich kenne eine ganze Reihe vorbildlicher, der Wahrheit, der objektiven Berichterstattung und dem Frieden verpflichtete Journalistinnen und Journalisten. Doch ihre aufklärerischen Analysen finden sich nicht in den Massenmedien, sondern in alternativen Medien oder auf Webseiten wie "Global Research". Doch diejenigen, die das Spiel der Mächtigen und ihrer medialen Helfershelfer durchschauen, werden sehr schnell als "Verschwörungstheoretiker" abqualifiziert und als in ihre Theorien verliebte und wichtigtuerische Intellektuelle. Dieses Totschlagargument wurde bereits 1967 von der CIA mittels einer geheimen Handreichung zur Diskreditierung von Zweiflern eingeführt.

Und die unseriös und unethisch agierenden Journalisten der Massenmedien? Sind sie gekauft, und werden die Massenmedien von Politikern, Geheimdiensten und der Hochfinanz gelenkt, wie es der ehemalige FAZ-Journalist Udo Ulfkotte 2014 in seinem Aufsehen erregenden Buch "Gekaufte Journalisten" behauptete? Er sprach aus eigener Erfahrung. Dann wären es "Presse-Huren" oder "Presstituierte", die sich den Mächtigen anbiedern, mit ihnen ins Bett gehen.

Ich selbst bin der Auffassung, dass diese verantwortungslos agierenden Journalisten nicht lügen, sondern viel eher wie Knechte (willenlos) den Befehlen oder Zwängen ihrer Herren gehorchen. Gab nicht vor kurzem US-Aussenminister Pompeo in einer Diskussionsrunde mit Studenten der Texas A&M University in College Station (USA), die als Rekrutierungsschmiede für den Auslandsgeheimdienst CIA gilt, einen kurzen Einblick in die Vorgehensweise der CIA, als er sagte:

"Als ich Kadett in West Point war, (...) was ist das Motto der Kadetten von West Point? Nicht lügen, nicht betrügen, nicht stehlen und die nicht tolerieren, die das tun. Ich war Direktor der CIA. Wir haben gelogen, gestohlen und betrogen. Es war, als hätte es dafür richtige Kurse gegeben. Das erinnert uns an die Herrlichkeit des amerikanischen Experiments" (4).

Die eigentlichen Lügner, Betrüger, Diebe — beziehungsweise Verbrecher — sind die Mächtigen dieser Welt. Und die Journalisten der einschlägigen Massenmedien sind die Stimme ihrer Herren. Das heisst aber nicht, sie aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl zu entlassen. Für alle Konsequenzen ihres verantwortungslosen Handelns sind sie mit verantwortlich.

Quellen und Anmerkungen:

(1) https://de.wikipedia.org/wiki/Journaille (2) Von Suttner, B. (1977). Die Waffen nieder! Wien, S. XVIII f. (3) https://www.heise.de/tp/features/Scholl-Latour-Wir-leben-in-einer-Zeit-der-Massenverbloedung-3364167.html? (4) https://deutsch.rt.com/.../87465-us-aussenminister-pompeo-wir-logen-betrogen-stahle... Quelle: https://www.rubikon.news/artikel/die-kriegstrommler-2

"Einem der grössten Klimaprobleme, der Überbevölkerung, entgegentreten": Junge Alternative für Ein-Kind-Politik

Epoch Times 28. Mai 2019 Aktualisiert: 29. Mai 2019 8:46 Die Nachwuchsorganisation der AfD in Berlin hat die Partei zu einem Kurswechsel in der Klimapolitik aufgerufen.



AfD-Anstecknadel.Foto: Jens Schlueter/Getty Images

Nach der Europawahl hat die Nachwuchsorganisation der AfD in Berlin die Partei zu einem Kurswechsel in der Klimapolitik aufgerufen.

Das Thema Klimawandel und Umweltschutz bewege "mehr Menschen, als wir dachten", heisst es in einem offenen Brief der Jungen Alternative Berlin an die AfD-Vorstände in Bund und Ländern, der der Nachrichtenagentur am Dienstag vorlag. Darin wird dazu aufgerufen, "von der schwer nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen".

Es spielt dabei keine Rolle, ob die Wähler hierbei rational denken oder nicht", heisst es weiter.

Ein Problem werde "dann zu einem realen Problem", wenn es von einer breiten Öffentlichkeit als Problem wahrgenommen werde. Unstrittig sei die Tatsache, dass sich das Klima wandele und Schadstoffe wie in Autoabgasen nicht gut für den Menschen und genauso wenig für die Umwelt seien.

Die Junge Alternative erwartet daher von den AfD-Fraktionen in den Landtagen, im Bund und im EU-Parlament "jetzt konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes innerhalb des thematischen Rahmens der AfD". Als Beispiel wird in dem Schreiben der Vorschlag genannt, die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern an die Einführung einer Ein-Kind-Politik zu koppeln, um damit "einem der grössten Klimaprobleme, der Überbevölkerung, entgegenzutreten".

In der AfD werden immer wieder Zweifel am angeblich menschengemachten Klimawandel geäussert. Die Parteiführung sieht in den Grünen, die am Sonntag einen Triumph bei der Europawahl feierten, ihren Hauptgegner.

Die Grünen sind für uns der Hauptgegner, sie sind die Partei, die am weitesten von uns entfernt sind", sagte Parteichef Alexander Gauland am Montag.

Sie würden "dieses Land zerstören, wenn sie tatsächlich ans Regieren kommen", warnte er. (afp)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/junge-alternative-berlin-fordert-kurswechsel-der-afd-in-der-klimapolitik-a2899509.html

Israel und die USA scheren sich nicht um das Völkerrecht, zeigen aber mit dem Finger auf Russland.

Posted By: Maria Lourdeson: Mai 30, 201924 Comments



Israel ist das Land, das seit 1968 die meisten Verstösse gegen das Völkerrecht begangen hat — aber jede Kritik daran wird mit dem Vorwurf des Antisemitismus ausgehebelt.

Auch die Bombardierung Serbiens durch die USA war völkerrechtswidrig, wurde jedoch weltweit nicht sanktioniert.

Grosse Aufregung dagegen herrschte bei der angeblichen "Annexion" der Krim — lief diese doch US-amerikanischen Interessen entgegen. Von der Ohnmacht der UN und den Folgen für den Weltfrieden.



Kein anderes Land steht bei den Vereinten Nationen so oft am Pranger wie Israel. Der UN-Menschenrechtsrat etwa hat den jüdischen Staat in seinen Resolutionen häufiger verurteilt als alle anderen Länder dieser Welt zusammen. USA – Das Land der Freiheit und der Menschenrechte! Ganz nebenbei wurden Guantánamo und Abu Ghraib zu Symbolen für die dunklen Seiten der imperialen Supermacht, deren Stern langsam verglüht – hier mehr!

James O'Neill ist Rechtsanwalt und Jurist, sein Spezialgebiet ist das Internationale Recht, Schwerpunkt Geopolitik. Er war Berater bei der UN-Kommission für Wirtschaft in Europa in Genf. James O'Neill verfasste den folgenden Artikel: Original "<u>The Independence of Journalism</u>" übersetzt von <u>Rubikon</u> – Mein Dank sagt Maria Lourdes!

Die Doppel-Moralisten

Die Erklärung des US-Präsidenten Donald Trump vom 21. März 2019 zur Anerkennung der Souveränität Israels über die Golanhöhen lenkt wieder einmal die Aufmerksamkeit auf die Doppelmoral der NATO und ihrer Statthalter — einschliesslich Australiens — bezüglich der Fragen territorialer Souveränität, des Rechts zur Selbstbestimmung und des Völkerrechts. Drei Fälle veranschaulichen die Scheinheiligkeit und die Doppelmoral der westlichen Nationen. Wir werden sie in chronologischer Reihenfolge betrachten.

Die Golanhöhen gehören zum Territorium des souveränen Staates Syrien. Gemeinsam mit der palästinensischen Westbank, die damals zu Jordanien gehörte, und dem Gaza-Streifen wurden sie zum Ende des Sechs-Tage-Krieges zwischen Israel, Ägypten, Syrien und Jordanien im Juni 1969 von Israel beschlagnahmt. Seitdem besetzt Israel die Westbank und die Golanhöhen, hält eine Blockade in Gaza aufrecht und verursacht so grosses Leid unter den Einwohnern.

Israel und die UN — Einbahnstrasse der Verbindlichkeit

Laut Völkerrecht — und hier genauer die wohlbekannte Vierte Genfer Konvention von 1949 — dürfen Staaten kein Territorium, das sie in einem Krieg eingenommen haben, weiterhin besetzen. Am 22. November 1967 forderte der UN-Sicherheitsrat Israel in der Resolution 242 einstimmig auf, seine Truppen aus dem besetzten Gebiet abzuziehen.

Israel ignorierte diese Aufforderung — wie es seit 1968 ganze 32 Resolutionen der UN verletzt hat und so mit Abstand die meisten Verstösse gegen das Völkerrecht beging. An zweiter Stelle steht die Türkei mit 24 Verstössen im gleichen Zeitraum. 1981 verabschiedete Israel das Golanhöhen-Gesetz, mit dem es die Annexion der syrischen Golanhöhen verkündete. Die Resolution 497 des UN-Sicherheitsrates vom

17. Dezember 1981 erklärte diese behauptete Annexion als "null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung"

Dass Israel seine Verpflichtungen im Rahmen des Völkerrechts weiterhin ignoriert, ist nicht weiter verwunderlich. Und die USA, andere NATO-Länder und Australien verhängen nicht nur keine Sanktionen gegen Israel für seine dauernden Verstösse — sie lassen nicht einmal eine Diskussion über diese Möglichkeit zu. Wenn das Thema auch nur angesprochen wird, hat das zur Folge, dass die mächtige jüdische Lobby in den meisten westlichen Staaten sofort Antisemitismus und andere Absurditäten unterstellt.

Trumps Erklärung ist die zweite dieser Art. Letztes Jahr hatte er schon Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt. Auch dies war nicht nur ein Verstoss gegen das Völkerrecht, sondern es widersprach den Resolutionen, die die USA selbst in der Vergangenheit unterstützt hatten — wie auch die über die Golanhöhen.

US-Bomben auf Serbien

Der Fall Kosovo ist anders gelagert, wirft aber viele wesentliche Fragen auf. Ethnisch und linguistisch betrachtet gehört der Kosovo zu Albanien, obwohl er ein Teil des früheren Jugoslawien war. Starke Elemente im Kosovo wollten unabhängig von Jugoslawien werden. Diese Unabhängigkeitsbewegung wurde von den USA unterstützt. Zwischen März und Juni 1999 bombardierten die USA Serbien, um die Serben dazu zu bringen, ihre militärischen Streitkräfte aus dem Kosovo abzuziehen.

Die Bombardierung erfolgte ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, entsprach nicht den Regelungen der UN-Charta und war deswegen ein grober Verstoss gegen das Völkerrecht. Nach Abschluss des Bombardements erteilte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1244 dem Kosovo einen Autonomie-Status innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien. Am 17. Februar 2008 erklärte der Kosovo einseitig die Unabhängigkeit von Jugoslawien. Es gab keine Volksabstimmung, man kann jedoch durchaus sagen, dass die Mehrheit der Kosovaren – vor allem jene albanischen Ursprungs, die 88 Prozent der Bevölkerung im Kosovo ausmachten – diese Unabhängigkeitserklärung unterstützten.

Am 8. Oktober 2008 bat die UN-Vollversammlung den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Dessen Entscheidung wurde am 22. Juli 2010 verkündet. Der Gerichtshof machte auf die lange Geschichte einseitiger Unabhängigkeitserklärungen seit dem 17. Jahrhundert aufmerksam, von denen die meisten vom Ursprungsstaat abgelehnt wurden.

Afghanisches Heroin

Der Gerichtshof schloss, dass das "Völkerrecht kein Verbot von Unabhängigkeitserklärungen enthalte" (Paragraph 79) und dass "die Erklärung vom 17. Februar 2008 nicht gegen das Völkerrecht verstiess" (Paragraph 84). Die USA hatten ein besonderes Interesse am Kosovo, unter anderem, weil sie dort einen bedeutenden Militärstützpunkt etablieren wollten (Camp Bond Steel). Dieser Stützpunkt fungiert unter anderem als wichtige Durchgangsstation für afghanisches Heroin — unter der Leitung von US- und alliierten Truppen in Afghanistan.

Weder wegen der illegalen Bombardierung Syriens durch die USA noch wegen der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wurden Sanktionen verhängt. Die Mehrheit der Staaten erkennen den Kosovo inzwischen als separaten, unabhängigen Staat an.

Regime Change in der Ukraine

Die Geschehnisse auf der Krim liegen faktisch wieder ganz anders, werfen aber auch viele wichtige Fragen auf. Die Krim gehörte seit 1783 zum russischen Kaiserreich. Am 18. Februar 1954 erliess das Präsidium des Obersten Sowjets ein Dekret, mit dem die Krim an die Ukraine abgetreten wurde. Es gab keine Volksabstimmung für die Bewohner der Krim — hätte es eine gegeben, wäre die Abtretung zweifellos abgelehnt worden.

Die Übertragung scheint eine Idee des damaligen sowjetischen Parteichefs Chruschtschow gewesen zu sein, der selbst aus der Ukraine stammte. Dass das Ganze nicht demokratisch vonstatten ging, wird noch durch die Tatsache verstärkt, dass die Übertragung selbst auch einen Verstoss gegen sowjetisches Recht darstellte — wie Richard Sakwa 2015 in seinem Buch "Frontline Ukraine: Crisis in the Borderlands" darstellt.

Die Beziehung zwischen den Krim-Bewohnern und der ukrainischen Regierung gestaltete sich in den darauf folgenden Jahrzehnten schwierig. Die Krim genoss den Status einer "autonomen Republik". Das Unbehagen spitzte sich im Februar 2014 zu, als die rechtmässig gewählte und international anerkannte Regierung der Ukraine durch einen von den USA organisierten und finanzierten Putsch gestürzt wurde.

Die neue ukrainische Regierung war anti-russisch eingestellt und offen faschistisch orientiert. Weder das eine noch das andere war für die Krim-Bewohner akzeptabel — waren sie doch, ähnlich wie die Albaner im Kosovo, mehrheitlich einer Sprache, Kultur und Ethnie zugehörig und identifizierten sich mit allem, was russisch ist.

Im Gegensatz zum Kosovo wurde hier rasch eine Volksabstimmung organisiert. Die Wahlbeteiligung lag bei 83,1 Prozent, von denen 95,5 Prozent für die Wiedervereinigung mit Russland stimmten. Die russische Duma wiederum stimmte dafür, die Krim wieder in die russische Föderation einzugliedern.

Die westlichen Medien und Politiker bedienen sich durchgängig des Begriffes "Annexion", wenn sie die Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation beschreiben. Das Oxford English Dictionary definiert die Annexion als synonym zu "Beschlagnahmung, Besetzung, Invasion, Eroberung, Übernahme, Aneignung und Enteignung". Keiner dieser Begriffe beschreibt die Abfolge der Ereignisse auf der Krim treffend.

Das Völkerrecht - nicht für alle gleich

Bezüglich des Völkerrechts besteht kein Unterschied zwischen dem, was der Kosovo mit Zustimmung des Strafgerichtshofes tat und was die Bewohner der Krim taten. Letzteres war wohl demokratischer, weil ihm ein überwältigendes Volksabstimmungs-Ergebnis zugunsten des Austritts aus der Ukraine und der Wiedervereinigung mit Russland voranging.

Die Auswirkungen wiederum waren sehr unterschiedlich. Russland ist konstanter Verunglimpfung ausgesetzt, gegen den russischen Staat und viele Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft wurden Sanktionen verhängt. Fragen wir uns doch einmal, ob dies auch geschehen wäre, wenn die Krim dafür gestimmt hätte, die russische Föderation zu verlassen und sich der Ukraine anzuschliessen. Höchstwahrscheinlich wäre dann die Krim mit offenen Armen willkommen geheissen und den Bewohnern der Krim wäre zugejubelt worden, weil sie die "richtige" Wahl getroffen hätten.

Die Krim hat strategisch eine wesentliche Bedeutung — deswegen kämpften die Briten dort im Krim-Krieg von 1853 bis 1856 gegen die Russen. Dies ist auch der Grund dafür, dass es das vorrangige geopolitische Ziel der USA bei der Einmischung in die Ukraine war, Russland den Marinestützpunkt in Sewastopol streitig zu machen.

Die Geschichte dieser drei Episoden – Golanhöhen, Kosovo, Krim – veranschaulicht die Doppelmoral und Heuchelei, die die westliche Geopolitik kennzeichnen. Trumps jüngste Erklärungen zu den Golanhöhen verstärken diesen Eindruck nur noch.

Quelle: https://lupocattivoblog.com/2019/05/30/israel-und-die-usa-scheren-sich-nicht-um-das-voelkerrecht-zeigen-aber-mit-dem-finger-auf-russland/

Schattenregierung plant Weltregierung? Bilderberg-Treffen mit AKK, Von der Leyen und Teuteberg in der Schweiz

Epoch Times 30. Mai 2019 Aktualisiert: 31. Mai 2019 6:52

Über das jährliche Bilderberg-Treffen gibt es viele Gerüchte. Das ist auch nicht verwunderlich, denn das Meeting mit den führenden Persönlichkeiten dieser Welt findet in absoluter Geheimhaltung statt.



Proteste gegen das jährliche Bilderberg-Treffen. Foto: Sean Gallup/Getty Images

Direkt nach der Europawahl finden sich etwa 130 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt zur umstrittenen Bilderberg-Konferenz in der Schweiz zusammen. Das Treffen beginnt heute.

An dem viertägigen Meeting in Montreux nehmen nach Angaben der Veranstalter unter anderem Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer (sie wurde als Teilnehmer angekündigt, ist aber nicht in der Liste enthalten), FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg, Axel-Springer-Chef Mathias Döpfner, Ex-Daimler-Chef Dieter Zetsche sowie US-Präsidentenberater Jared Kushner und der ehemalige US-Aussenminister Henry Kissinger teil.

Die Teilnehmer kommen den Angaben zufolge aus 23 Staaten Europas und Nordamerikas. Aus den Reihen der Politik kündigten auch der niederländische Regierungschef Mark Rutte, Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire und Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ihren Besuch an.

Zudem werden die Chefs des französischen Ölriesen Total und der Bank Credit Suisse erwartet. Auch der niederländische König Willem-Alexander kommt zu der Konferenz.

Auf der Tagesordnung stehen Gespräche zu elf Themen:

- 1. Eine stabile strategische Ordnung
- 2. Was kommt als nächstes für Europa?
- 3. Klimawandel und Nachhaltigkeit
- 4. China
- 5. Russland
- 6. Die Zukunft des Kapitalismus
- 7. Brexit
- 8. Die Ethik der künstlichen Intelligenz
- 9. Die Bewaffnung der sozialen Medien
- 10. Die Bedeutung des Raumes
- 11. Cyber-Bedrohungen

Das Schweizer Nachrichtenportal 20 Minuten schreibt über das geheime Treffen:

Das Bilderberg Treffen ist ein Forum für informelle Diskussionen über zentrale Themen und Herausforderungen. Die Sitzungen finden unter der Chatham House Rule statt: Den Teilnehmern steht es frei, die erhaltenen Informationen zu nutzen, jedoch dürfen weder die Identität noch die Organisation eines Redners oder Teilnehmers genannt werden."

Die Bilderberg-Konferenz tagte erstmals 1954 im Hotel "De Bilderberg" im holländischen Oosterbeek. Sie wurden mit dem Ziel gegründet, den Dialog zwischen Europa und Nordamerika zu fördern. Benannt sind die Treffen nach dem ersten Tagungsort, einem Hotel im niederländischen Oosterbeek. Dort versammelte der niederländische Prinz Bernhard im Jahr 1954 erstmals Politiker und Unternehmer, um vor dem Hintergrund des Kalten Krieges Spaltungstendenzen in der westlichen Hemisphäre entgegenzuwirken.

Seitdem trifft sich die Gruppe jedes Jahr in einem anderen Land. Die Zusammensetzung der Teilnehmer ändert sich ständig. Der Gipfel endet stets ohne eine Abschlusserklärung, es gibt keine schriftlichen Beschlüsse. Medien sind nicht zugelassen.

Kritiker bezichtigen die Bilderberg-Gruppe seit langem, bei ihren Konferenzen wichtige politische und wirtschaftliche Entscheidungen ohne demokratische Legitimation und öffentliche Kontrolle zu treffen.

Theorien zufolge sollen die Bilderberger die Schaffung der EU, die Ölkrise, die Wiedervereinigung Deutschlands oder die Irak-Invasion initiiert haben. Insider bestätigten dies teilweise sogar. Laut Etienne Davignon, Ehrenvorsitzender der Bilderberger, ist der Euro auf die Bilderberger zurückzuführen. Vergleichbar äusserte sich auch der ehemalige US-amerikanische Botschafter in Berlin, John McGhee. Er schrieb in seinen Memoiren, dass die Bilderberger bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der schliesslich die EU hervorging, eine tragende Funktion innehatten:

Die Römischen Verträge (...), die den gemeinsamen Markt hervorbrachten, wurden von Bilderberg wesentlich mitbestimmt".

Bilderberg-Gruppe beherrscht die Welt?

Es gibt auch Theorien darüber, dass die Bilderberg mit den Illuminaten, den Freimaurern und sogar dem Tod von Prinzessin Diana zu tun hätten. Zudem seien die Bilderberger eine Schattenweltregierung und versuchten eine neue Weltordnung – die sogenannte New World Order – zu errichten.

Pat Robertson veröffentlichte 1991 ein Buch mit dem Titel "New World Order", in dem er behauptete, dass die Gruppe – hinter den Kulissen – die Kontrolle über alle wichtigen politischen Ereignissen weltweit habe.

Auch der Reporter Daniel Estulin hat über das jährliche Treffen geschrieben und behauptet: das Hauptziel der Bilderberggruppe bestehe darin, die natürlichen Ressourcen des Planeten zu kontrollieren und dass die Gruppe seit ihrer Gründung wichtige politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen getroffen habe.

Organisiert hat die diesjährige Bilderberg-Konferenz der Chef des Westschweizer Technologiekonzerns Kudelski, André Kudelski. Berichten zufolge ist der Manager auch der Grund dafür, wieso die Tagung heuer in Montreux statt findet. (so/afp)

Quelle: https://www.epochtimes.de/politik/europa/schattenregierung-plant-weltregierung-bilderberg-treffen-mit-von-der-leyen-und-teuteberg-in-der-schweiz-a2901514.html

Seenotrettung oder Schlepperdienst

VON GASTAUTOR RAINER GRUNERT, A6-KAPITÄN IM RUHESTAND

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 30. Mai 2019

Die Medien kennen keine Grenzen nach oben beim Bejubeln der NGO-Aktivitäten vor der libyschen Küste. Dabei wird nicht hinterfragt, ob bei diesen Aktionen auch alles mit rechten Dingen zugeht. Die Unterstützung der illegalen Einwanderung aus Afrika nach Europa hat absolute Priorität und darf nicht in Frage gestellt werden. Auch dann nicht, wenn ein unabhängiges Gericht auf Malta den selbsternannten "Kapitän" der "Lifeline" zu einer Geldstrafe von 10. 000 Euro verurteilt hat.

In der Meldung der Tagesschau wurde zwar der Fakt richtig genannt. Im gleichen Atemzug hörte der Zuschauer jedoch, dass dieser verurteilte Herr Reusch über 200 Flüchtlinge aus Seenot gerettet hat. Im Vermischen beider Sachverhalte, die miteinander nichts tun haben, sollte offensichtlich der Eindruck einer nicht gerechtfertigten Bestrafung entstehen. Wie kann man jemanden verurteilen, der Menschenleben rettet?

Ähnlich äusserte sich auch der niederländische Kommissionspräsidenten Kandidat Timmermans auf einer Wahlkampfveranstaltung.

Beleuchtet man die Aktivitäten der NGO's im Mittelmeerraum etwas näher, kommt man immer zu ähnlichen Ergebnissen.

Meist wird ein altes und deshalb preiswertes Schiff angeschafft. In der Regel ein in den fünfziger Jahren gebauter, ausgedienter Fischkutter. Es folgt eine kurze Phase des Aufrüstens von notwendiger Elektronik und der Instandsetzung. Eine Besatzung von ideologisch links grün geprägten jungen Leuten ist schnell gefunden. Es fehlt nun nur noch ein Kapitän, der die Führung übernimmt.

Ist niemand verfügbar, sucht man sich einen Freizeitkapitän wie den Herrn Reusch. Ausgestattet mit einem Sportseeschifferschein (SSS), der zum Führen eines Sportbootes und oder Freizeitfahrzeuges berechtigt. Dies ist auch der Grund, warum die "Lifeline" unter Führung des Herrn Reusch eine Sportflagge der Niederlande am Heck hatte.

Nun lassen wir einmal ausser Betracht, wie das Schiff bis in die Nähe der libyschen Territorialgewässer kommen konnte ohne das Limit, sich weiter als 30 Seemeilen von der Küste zu entfernen, zu überschreiten. https://www.gesetze-im-internet.de/sportseeschv/anlage_4.html

Dazu kommen noch einige Fragestellungen mehr, die vom Gericht zu überprüfen waren:

- Wurde die Schiffsbesetzungsordnung eingehalten?
- Sind ausreichend Patentträger mit entsprechender Qualifikation an Bord?
- Sind die Schiffsdokumente vollständig und gültig?
- Erfüllt das Schiff alle Anforderungen des Flaggenstaates u.v.a.

Offensichtlich wurden nicht alle Fragen positiv beantwortet. Deshalb die Verurteilung durch das maltesische Gericht. Übrigens hat der holländische Flaggenstaat schon vor dem Gerichtsurteil der "Lifeline" die Flagge wieder entzogen und hat somit eine gleiche oder ähnliche Bewertung wie das Gericht.

All diese Umstände in Betracht ziehend (seerechtliche Fragen wie die Erlangung der Sportbootflagge zur Seenotrettung, technischer Zustand des Schiffes, Ausbildungsstand der Offiziere und Besatzung) lassen starke Zweifel aufkommen an der Eignung solcher Schiffe für die Seenotrettung.

Deshalb ist der Begriff der Seenotrettung für die Aktivitäten der NGO's im Mittelmeer unzulässig.

Diese Organisationen sind weder technisch noch personell in der Lage, diese anspruchsvollen Tätigkeiten durchzuführen.

Was vor der libyschen Küste geschieht ist eine Übernahme von Personen von Schlauchbooten auf NGO-Fahrzeuge und keine Seenot.

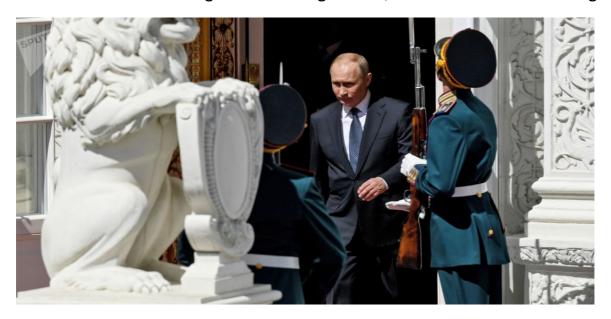
Es ist der Personentransport über See und ist der Endpunkt der kriminellen Schleppertätigkeit.

Quelle: https://vera-lengsfeld.de/2019/05/30/seenotrettung-oder-schlepperdienst/

Wer Weltherrscher werden kann – Putin offenbart

POLITIK 19:15 30.05.2019(aktualisiert 19:38 30.05.2019) **Zum Kurzlink**. 4725022

Wer das Monopol im Bereich der künstlichen Intelligenz besitzt, der wird laut dem russischen Präsi denten Wladimir Putin die notwendigen Voraussetzungen haben, um die Weltherrschaft zu erlangen.



"KI-Mechanismen machen es möglich, optimale Entscheidungen aufgrund der Analyse riesiger Informationsmengen in Echtzeit schnell zu treffen, was enorme Vorteile in Bezug auf Qualität und Wirksamkeit mit sich bringt", sagte der Präsident auf einer Konferenz zur technologischen Entwicklung auf der Basis von künstlicher Intelligenz am Donnerstag.

Wenn sich jemand die Monopol-Position in diesem Bereich sichern könne, seien die Folgen für alle klar – der werde sich als Weltherrscher etablieren.

"Der Kampf um die Technologieführerschaft – vor allem auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz – ist bereits zum globalen Wettbewerbsfeld geworden. Die Geschwindigkeit, mit der neue Produkte und Lösungen hervorgebracht werden, nimmt exponentiell zu", so Putin.

Dies sei eine der wichtigsten Richtungen der technologischen Entwicklung, da sie die Zukunft der ganzen Welt bestimmen werde. Mit ihren umfangreichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und Arbeitsproduktivität sowie Effizienz von Management, Bildung, Gesundheitswesen und Alltagsleben der Menschen würden die KI-Projekte nicht ihresgleichen in der Geschichte kennen.

"Und wir müssen natürlich die technologische Souveränität im Bereich der künstlichen Intelligenz sicherstellen. Dies ist die wichtigste Voraussetzung für die nachhaltige Ausrichtung unserer Geschäfte und der Wirtschaft, der Lebensqualität der russischen Bürger, der Sicherheit und der Verteidigungsfähigkeit des Staates", erklärte der Präsident. Es gehe nicht nur um Algorithmen für einzelne spezifische Aufgaben, sondern um universelle Lösungen, deren Einsatz in jeder Branche den grösstmöglichen Effekt bringen würde.

Vor diesem Hintergrund sei es vonnöten, die Finanzierung von Forschungsprojekten auf dem Kl-Gebiet mehrfach zu erhöhen und private Investitionen in Wissenschaft und Entwicklung anzukurbeln.

Russland sollte einer der Schlüsselanbieter von Lösungen komplexer wissenschaftlicher Probleme unter Beteiligung von Forschern aus der ganzen Welt werden, resümierte Putin.

Quelle: https://de.sputniknews.com/politik/20190530325099571-weltherrscher-putin-kuenstliche-intelligenz/

D-Day-Gedenktag: Putin nicht eingeladen, findet es aber nicht schlimm

Sott.net Do, 06 Jun 2019 16:20 UTC

Zum heutigen D-Day-Gedenktag wurde der russische Präsident Waldimir Putin zur Verwunderung vieler nicht eingeladen, obwohl Russland unbestritten die eigentliche Macht war, die die Nazis besiegt hat. Angesprochen auf diese Dreistigkeit des Westens sah Putin es jedoch locker.

"Was die Einladung oder die Nicht-Einladung angeht: Wir laden ja auch nicht alle zu jeder Veranstaltung ein, warum sollte man mich unbedingt überall hin einladen", sagte Putin bei einem Treffen mit den Chefs internationaler Nachrichtenagenturen am Donnerstag.



~ Sputnik

Des Weiteren sagte er:

"Bin ich etwa ein Hochzeitsgeneral? Ich habe hier genug zu tun. Das ist überhaupt kein Problem", fügte er hinzu.

Im Russischen bedeutet der Begriff "Hochzeitsgeneral" eine Person, die eine reale oder vermeintliche Autorität besitzt und zu einer Veranstaltung eingeladen wird, um dieser scheinbare Wichtigkeit zu verleihen.

~ Sputnik

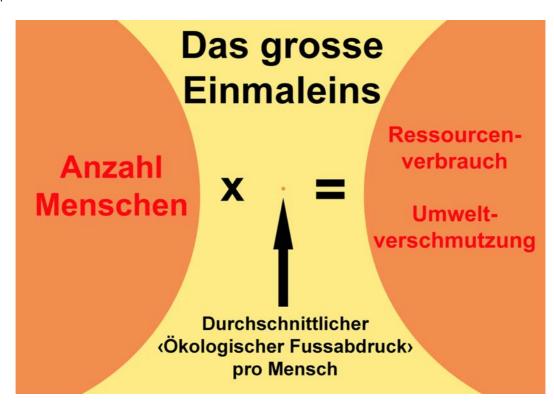
Putin betonte, dass die Frage der Einladung keine Bedeutung hat, sondern die Wahrheit über die Geschichte, die der Westen in den letzten Jahren immer mehr verdreht, wegen dem Lügenmärchen des "bösen Putins".

Die Frage der Einladungen spiele keine Rolle. "Was eine Bedeutung hat, ist die Wahrheit über die Geschichte und über die schreckliche Tragödie, die die Menschheit im Zweiten Weltkrieg ereilte. Das dürfen wir niemals vergessen, wir dürfen diese Geschichte und unsere Vorfahren, unserer Väter und Grossväter nicht verratät."

~ Sputnik

Eine Umfrage in der französischen Tageszeitung "Le Figaro" ergab, dass eine überwältigende Mehrheit der Leser der Meinung sind, dass man den russischen Präsidenten zum 75. Jahrestag der Landung der Allierten in der Normandie (D-Day) hätte einladen sollen.

Quelle: https://de.sott.net/article/33512-D-Day-Gedenktag-Putin-nicht-eingeladen-findet-es-aber-nicht-schlimm



Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden And there shall be PEACE on Earth



FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das Friedenssymbol

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete (Todesrune), die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die (Todesrune) bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben sowie auch Ambitionen in bezug auf Krieg, Terror, Zerstörungen menschlicher Errungenschaften, Lebensgrundlagen sowie weltweit bösen Unfrieden.

Deshalb ist es von dringlichster Notwendigkeit, dass das falsche Peacesymbol, die (Todesrune), aus der Welt verschwindet und das uralte sowie richtige Friedenssymbol in aller Welt verbreitet und bekannt gemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren und aufbauend sowie sehr besänftigend wirken und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der (Todesrune), die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber Grössen der Kleber:

120 x 120 mm = CHF 3.-250 x 250 mm = CHF 6.-300 x 300 mm = CHF 12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung: FIGU

Semjase-Silver-Star-Center Hinterschmidrüti 1225 8495 Schmidrüti Schweiz

E-Mail, www, Tel., Fax:

info@figu.org WEB.FIGU.ORG Tel. +41 (0)52 385 13 10 Fax +41 (0)52 385 42 89

Spreading of the Correct Peace Symbol

Es soll FRIEDEN sein auf Erden And there shall be PEACE on Earth



FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

The Peace Symbol

The wrong peace symbol – the globally widespread "death rune" which has been fabricated from the Celtic Futhark runes or inverted Algiz rune – is the actual embodiment/quintessence of negative influences and evokes destructive swinging-waves regarding unpeace and hatred, revenge, vice, addictions and bondage, because for many human beings the "death rune" means reminiscence (memories) of the Nazi era, of death and ruin as well as ambitions concerning war, terror, destruction of human achievements, livelihoods as well as global evil unpeace.

Therefore it is of the utmost necessity that the wrong peace symbol, the "death rune", disappears from the world and that the ur-ancient and correct peace symbol is spread and made known all-over the world, because its central elements reflect peace, freedom, harmony, strengthening of the life power, protection, growth and wisdom, have a constructive and strongly soothing effect, and help peaceful-positive swinging-waves to break through.

Therefore we appeal to all FIGU members, all FIGU-Interessengruppen, Studien- and Landesgruppen as well to all reasonable human beings, who are honestly striving for peace, freedom, harmony, fairness, knowledge and evolution, to do, and give, their best to spread the correct peace symbol worldwide and to bring forth clarification about the dangerous and destructive use of the "death rune", which in memory of the Nazi crimes collectively furthers deterioration and neglect of character-"ausartung" and terribleness in the reflecting and striving of the human being.

Car stickers Available sizes:

120 x 120 mm = CHF 3.-250 x 250 mm = CHF 6.-300 x 300 mm = CHF 12.-

Ordering by cash before delivering: FIGU

Semjase-Silver-Star-Center Hinterschmidrüti 1225 8495 Schmidrüti Schweiz/Switzerland

Email, internet, tel., fax:

info@figu.org WEB.FIGU.ORG Tel. +41 (0)52 385 13 10 Fax +41 (0)52 385 42 89 Problem: Hunger in der 3. Welt

+ Maßnahme: Nahrungsverteilung

= Scheinlösung: Linderung des Hungers

+ Bevölkerungs

wachstum TTTTTTT

= Problem: Hunger in der 3. Welt

Echte Ursache: Überbevölkerung!

Echte Lösung: Geburtenkontrolle!

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz **Redaktion:** BEAM 〈Billy〉 Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89 Wird auch im Internetz veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich, auch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,

8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3 IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org Internetz: www.figu.org FIGU-Shop: http://shop.figu.org



Geisteslehre friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun. SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

© creative commons



© FIGU 2019

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter:
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt. Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz